



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
2. September 2021

Protokoll Nr. 12

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 10. Juni 2021, 10.00–16.10 Uhr
Regierungsgebäude Kanton Luzern,
Kantonsratssaal

Vorsitz:

Ratspräsidentin Lisa Zanolla

Präsenz:

Anwesend sind 42–45 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Jörg Krähenbühl und Andreas Moser den ganzen Tag,
Gianluca Pardini ab 11.20 Uhr bis zum Mittag,
Lena Hafen am Nachmittag,
Lukas Bäurle ab 14.45 Uhr, Mirjam Fries ab 15.30 Uhr und
Martin Abele ab 15.45 Uhr.

Der Stadtrat ist am Vormittag vollzählig anwesend, am
Nachmittag ist Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki
ab 14.40 Uhr entschuldigt.

Protokoll:

Franz Lienhard

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen der Ratspräsidentin	2
2. Genehmigung des Protokolls 9 vom 25. März 2021	7
3. Bericht und Antrag 9/2021 vom 31. März 2021: Motoparkierung Pilotprojekt zur Erhebung von Gebühren für Motoparkplätze am Löwengraben	7
4. Bericht und Antrag 11/2021 vom 31. März 2021: Änderung der Bau- und Zonenordnung Littau Z 39 Lindenstrasse und Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse Mit Einsprachebehandlung	24
5. Bericht und Antrag 10/2021 vom 31. März 2021: Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum <ul style="list-style-type: none">▪ Aktualisierung des Auftrages der SIP▪ Sonderkredit	35

6.	Postulat 39, Agnes Keller-Bucher und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 30. November 2020: Kurzfristige Anmeldung der schulergänzenden Horttage ermöglichen	43
7.	Postulat 36, Cyrill Studer Korevaar namens der SP-Fraktion vom 23. November 2020: Hinrichtungen von Luzerner «Hexen», Homosexuellen, Religionskritischen und weiteren Personen: Jetzt ist es Zeit für ein Mahnzeichen	43
8.	Postulat 37, Cyrill Studer Korevaar namens der SP-Fraktion vom 23. November 2020: Sklaverei mit Luzerner Beteiligung? Die historische Aufarbeitung soll Klarheit bringen	45
9.	Interpellation 71, Gianluca Pardini und Adrian Albisser namens der SP-Fraktion vom 10. März 2021: Geissensteinring 41: Aktuelle Pläne für die künftige Arealnutzung?	51

Beratung der Traktanden

1 Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Lisa Zanolla begrüsst die Anwesenden zur 12. Sitzung des Grossen Stadtrates hier im Kantonsratssaal. Sie bittet, das zugestellte Schutzkonzept zu beachten, insbesondere das Tragen der Masken auch am Sitzplatz. Auch bei den Voten ist die Maske zu tragen; wer ein Votum hält, soll deshalb deutlich ins Mikrofon sprechen. Die Maskenpflicht gilt auch für die anwesenden Medienschaffenden. Das Einhalten der Hygiene- und Abstandsregeln ist trotz der Maske wichtig, im Hinblick auf die Gesundheit aller Anwesenden.

Herzlich begrüsst die Sprechende alle Zuschauerinnen und Zuschauer, welche die Sitzung, die wiederum live übertragen wird, zu Hause, im Büro oder unterwegs verfolgen. Damit alle Ratsmitglieder optimal im Bild erscheinen, bittet die Sprechende sie zu stehen, während sie ein Votum halten.

Grundsätzlich gilt wegen der sensiblen Technik auf den Pulten ein Ess- und Trinkverbot im Kantonsratssaal. Da es aber keine Pausen gibt und genügend Flüssigkeit wichtig ist, dürfen Getränke in verschliessbaren Flaschen mitgebracht und konsumiert werden. Die Flaschen sind während der Sitzung nicht auf den Tischen zu deponieren.

Die Sprechende gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1). Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki vertritt die Stadt Luzern an der Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik. Er wird deshalb die Sitzung nach der Beratung des B+A «Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum» verlassen.

In eigener Sache hat die Sprechende einen Wunsch an die Mitglieder des Grossen Stadtrates. Ihr Präsidialjahr neigt sich langsam dem Ende zu. Zu ihrer Wahl hat sie ein Widmungsbüchlein erhalten; sie würde sich freuen, wenn das eine oder andere Mitglied des Grossen Stadtrates noch ein Statement oder eine Widmung hineinschreibt. Ratsweibelin Brigitte Gisler wird das Büchlein nachher in Zirkulation geben.

Zu den als dringlich eingereichten Vorstössen

- Dringliche Interpellation 101, Nico van der Heiden und Lena Hafen namens der SP-Fraktion vom 14. Mai 2021: **Drohender Rechtsstreit der VBL AG**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit.

Nico van der Heiden hält an der Dringlichkeit fest. Er hat zwar in der SP-Fraktion immer die Ansicht vertreten, es könne gar keine Dringlichen Interpellationen geben. Jetzt hat er selber eine eingereicht. Sie ist aus seiner Sicht dringlich, weil die Vorgänge bei der VBL von hohem öffentlichem und politischem Interesse sind und bei einer Verzögerung massive Kostenfolgen für die Stadt und somit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entstehen. Der Grosse Stadtrat und die gesamte städtische Bevölkerung haben also ein Anrecht darauf, heute zu erfahren, was für Folgen die Causa VBL für die Finanzen der Stadt haben wird. Somit sind beide Kriterien für die Dringlichkeit gemäss Geschäftsreglement gegeben. Der Sprechende dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates, wenn sie die Interpellation heute mit ihm diskutieren und der Dringlichkeit zustimmen.

Thomas Gfeller kann absolut unterstützen, was Nico van der Heiden sagte. Die SVP-Fraktion betrachtet die Interpellation auch als dringlich. Der Sprechende hat sich jedoch gefragt, ob die Mitglieder des Grossen Stadtrates, wenn die Interpellation jetzt für dringlich erklärt würde, die Antworten mündlich erhalten oder ob sie dann auch in schriftlicher Form vorliegen. Wenn sie nicht in schriftlicher Form vorlägen, würde die SVP-Fraktion auf die Dringlichkeit verzichten, sofern vonseiten des Stadtrates versichert wird, dass die Antwort bis zur nächsten Ratssitzung vom 24. Juni in schriftlicher Form vorliegt. Die SVP-Fraktion möchte nicht, dass die Beantwortung über die Sommerpause hinaus verzögert wird. Die vorgeschlagene Verschiebung auf die nächste Sitzung wäre ein Kompromiss, der Sprechende weiss nicht, ob Nico van der Heiden sich damit einverstanden erklären könnte.

Andreas Felder dankt Nico van der Heiden für die ehrliche Feststellung, dass eine Interpellation eigentlich kaum dringlich sein kann, da ja nur Fragen gestellt werden und es schwerlich direkte Folgen hätte, wenn die Beantwortung erst später erfolgt. Aber selbstverständlich kann man das auch anders auslegen. Für die CVP-Fraktion ist die Dringlichkeit der Interpellation 101 nicht gegeben. Auch die CVP-Fraktion hat eine Interpellation eingereicht, nicht direkt zum Rechtsstreit, sondern zur zukünftigen Finanzierung der VBL (Interpellation 57, Andreas Felder und Mirjam Fries namens der CVP-Fraktion vom 27. Januar 2021: «Zukünftige Finan-

zierung der VBL»). Der Sprechende möchte darum beliebt machen, jetzt nicht an der Dringlichkeit der Interpellation 101 festzuhalten und dann die beiden Interpellationen an einer späteren Ratssitzung zusammen zu behandeln. Das würde allen einen Mehrwert bieten.

Christa Wenger: Die G/JG-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit der Interpellation 101 aufgrund des öffentlichen Interesses. Es wäre sinnvoll, wenn die Mitglieder des Grossen Stadtrates bald die Möglichkeit erhalten mitzudenken, damit sie den politischen Handlungsbedarf abklären können. Der Sprechenden gefällt der Vorschlag von Thomas Gfeller. Sie sähe auch die Möglichkeit, dass der Grosse Stadtrat heute an der Dringlichkeit festhält und der Stadtrat quasi im Nachhinein die mündliche Beantwortung noch schriftlich veröffentlichen würde. Das wäre gerade im Hinblick auf das öffentliche Interesse sinnvoll.

Silvio Bonzanigo würde die Dringlichkeit der Interpellation unterstützen. Er findet den Vorschlag von Thomas Gfeller interessant, damit wäre dem Parlament sehr gedient. Auf mündliche Auskünfte kann man nicht mehr zurückkommen. Diese Geschichte interessiert die Öffentlichkeit ausgesprochen stark; würde der Grosse Stadtrat die Interpellation nicht für dringlich erklären, bestünde gegenüber der Öffentlichkeit nach wie vor Erklärungsbedarf. Nachfragen bei der VBL und beim Stadtrat werden mit dem Hinweis auf das laufende Verfahren abgelehnt. Das dient der Öffentlichkeit nicht. Darum findet der Sprechende den Weg richtig, den Thomas Gfeller vorschlägt.

Auch **Nico van der Heiden** findet den Vorschlag des SVP-Fraktionssprechers sehr gut und könnte sich damit einverstanden erklären, aber zuerst müsste sich der Stadtrat noch dazu äussern. Noch warten, wie es Andreas Felder vorgeschlagen hat, möchte der Sprechende auf gar keinen Fall, denn diese Interpellation ist auch deswegen dringlich, weil allenfalls weitere politische Schritte folgen müssten, je nachdem, wie die Antworten lauten. Die VBL engagiert jetzt einen Anwalt oder eine Anwältin, das kostet jetzt Geld, und deshalb kann man nicht bis nach dem Sommer warten.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub legt gern die Begründung des Stadtrates dar, warum er die Interpellation nicht für dringlich hält. Der Stadtrat ging bei seiner Beurteilung vom Inhalt der fünf Fragen aus, die in der Interpellation gestellt werden. Die ersten vier Fragen beziehen sich auf die Forderung von 16 Mio. Franken. Die Positionen der beteiligten Parteien – VBL, VVL und BAV – sind über Interviews in der Zeitung und Medienmitteilungen hinlänglich bekannt. Es handelt sich um ein hängiges Verfahren, der Zeitpunkt der Beantwortung der vorliegenden Fragen hat keinen Einfluss auf die rechtliche Beurteilung und den laufenden Prozess. Die VBL hat schon längst einen Anwalt engagiert, dieser hat bereits eine umfassende Auslegung gemacht, wie die VBL vorgehen soll. Die Beantwortung der ersten vier Fragen ist also nicht dringlich.

Die fünfte Frage bezieht sich auf die vom Kanton vorgeschlagene Neuausrichtung des Verbundrates. Diese Frage erfüllt gemäss der Beurteilung des Stadtrates die Dringlichkeitskriterien. Zur Neuausrichtung des Verbundrates wurde am 10. Mai eine Kurzvernehmlassung eröff-

net. Aufgrund der dabei gesetzten Frist hat der Stadtrat die Stellungnahme zur Frage 5 in seiner Medienmitteilung vom 28. Mai bereits publiziert. Damit ist das Anliegen der Frage 5, nämlich die Haltung des Stadtrates in Bezug auf die Neuorganisation des Verbundrates zu kennen, erfüllt. Gemäss Medienmitteilung lehnt der Stadtrat die Neuausrichtung des Verbundrates des VVL ab.

Wann soll die Interpellation 101 also behandelt werden? Es wurde ein interessanter Vorschlag gemacht: Der Grosse Stadtrat soll sie heute für dringlich erklären, aber erst an der nächsten Sitzung behandeln. Die Traktandenliste für den 24. Juni wurde bereits festgelegt, eine Änderung der Traktandenliste liegt in der Kompetenz des Grossen Stadtrates, es braucht dazu eine Zweidrittelmehrheit. Die Sprechende würde es für möglich erachten, dass der Stadtrat die Interpellation 101 auf den 24. Juni hin beantwortet. Die Idee wäre tatsächlich gewesen, diese Interpellation zusammen mit der Interpellation 57 von Andreas Felder und Mirjam Fries, «Zukünftige Finanzierung der VBL», zu behandeln. Die Frist für die Interpellation 57 läuft am 27. Juli ab, der Stadtrat muss sie also noch vor den Sommerferien beantworten. Behandelt würde sie dann allerdings erst nach den Sommerferien.

Wenn die jetzt vorgetragene Argumentation gegen die Dringlichkeit der Interpellation 101 den Grossen Stadtrat nicht überzeugt, würde die Sprechende am Nachmittag die Antwort vorlesen. Es ist auch das Vorgehen möglich, die Dringliche Interpellation 101 erst am 24. Juni zu behandeln, aber dann ohne die Kombination mit der Interpellation 57, die für den 24. Juni nicht traktandiert ist.

Thomas Gfeller betont noch einmal, dass die SVP-Fraktion nicht möchte, dass die Antworten am Nachmittag einfach heruntergelesen werden, sondern sie möchte sie in schriftlicher Form. Wenn das nicht möglich ist, lehnt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit ab.

Fabian Reinhard zitiert aus dem entsprechenden Abschnitt des Geschäftsreglements (Art. 55m Abs. 3 lit. b): «Sofern nicht eine schriftliche Antwort vorliegt, kann diese in mündlicher Form erfolgen.» Es ist eine Kann-Formulierung, im Geschäftsreglement steht nicht, die Beantwortung müsse in mündlicher Form erfolgen. Der Sprechende hat schon an der letzten Ratssitzung überlegt, ob man einfach einen Ordnungsantrag stellen könnte, dass der Grosse Stadtrat diese Antwort auch schriftlich erhält, denn sie liegt ja offensichtlich vor, einfach nur bei der Stadträtin, die sie dann abliest. Der Stadtrat soll den Mitgliedern des Grossen Stadtrates doch einfach diese schriftliche Vorlage abgeben. Andernfalls könnte der Grosse Stadtrat jetzt die Dringlichkeit der Interpellation beschliessen und nachher mit einem Ordnungsantrag verlangen, dass er die Antwort auch schriftlich erhält. Heute die Dringlichkeit zu beschliessen und die Antwort erst das nächste Mal zu erhalten ist nicht möglich, weil gemäss Geschäftsreglement eine Dringliche Interpellation an der gleichen Sitzung zu behandeln ist, an welcher ihre Dringlichkeit beschlossen wird. Es sei denn, der Grosse Stadtrat würde anschliessend an den Beschluss, dass die Interpellation dringlich ist, die Traktandenliste wieder ändern; auf diesem Weg wäre es wahrscheinlich irgendwie möglich. Aber das wäre zu kompliziert, warum kann man es nicht einfach machen und der Stadtrat gibt diese Antwort heute schriftlich?

Nico van der Heiden ist weder Jurist noch Experte für das Geschäftsreglement, er weiss einfach, wie es bisher immer gehandhabt wurde. Bisher war es immer so, dass der Grosse Stadtrat, wenn der Stadtrat versicherte, er werde den entsprechenden Vorstoss auf die nächste Sitzung hin beantworten, auf die Dringlichkeit verzichtete. Dieses Vorgehen wäre jetzt auch der Wunsch des Sprechenden. Er hat aber noch nicht mit 100-prozentiger Deutlichkeit von Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub gehört, dass sie diese Antwort auf den 24. Juni hin vorlegt. Wenn sie das noch klar zusichert, würde er auf die Dringlichkeit verzichten, und damit würde sich auch die Frage eines Ordnungsantrags erübrigen.

Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub: Wenn der Stadtrat die Dringlichkeit eines Vorstosses gutheisst, verabschiedet er auf die entsprechende Ratssitzung hin eine gemeinsame Antwort. Weil der Stadtrat der Dringlichkeit der Interpellation 101 opponiert, hat er keine Antwort dazu verabschiedet. Das bedeutet nicht, dass sich die Sprechende keine Gedanken darüber gemacht hat, was sie zu den einzelnen Fragen ausführen würde. Aber wenn der Grosse Stadtrat die Dringlichkeit beschliesst und die Sprechende die Antworten, die sie sich überlegt hat, geben würde, fehlt der formelle Zwischenschritt, dass der Stadtrat den Überlegungen der Finanzdirektorin auch noch zugestimmt hätte. Dadurch ergibt sich ein formeller Qualitätsunterschied. Es ist also nicht unbedeutend, ob eine schriftliche Antwort des Stadtrates vorliegt oder einfach das entsprechende Mitglied des Stadtrates eine Antwort vorliest. Wie die Sprechende sagte, liegt die Traktandenliste für den 24. Juni bereits vor; sie zu ändern liegt nicht in der Kompetenz des Stadtrates. Die Sprechende wäre gern bereit, die Antwort auf die Interpellation 101 auf den 24. Juni hin vorgängig schriftlich vorzulegen.

Nico van der Heiden verzichtet demzufolge auf die Dringlichkeit der Interpellation 101 und stellt den **Antrag, sie für den 24. Juni zu traktandieren.**

Ratspräsidentin Lisa Zanolla lässt über die Dringlichkeit der Interpellation 101 abstimmen. Falls die Dringlichkeit abgelehnt wird, wird sie über eine Anpassung der Traktandenliste für den 24. Juni abstimmen lassen. Für eine Änderung bräuchte es eine Zweidrittelmehrheit.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Dringlichkeit der Interpellation 101 ab.

Andreas Felder weiss nicht, wie weit die Beantwortung der Interpellation 57 der CVP-Fraktion im Stadtrat schon vorbereitet ist. Er möchte **beantragen, auch diese Interpellation auf die Traktandenliste des 24. Juni zu nehmen**, falls das möglich ist.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla stellt fest, dass Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub nickt, so mit wäre das möglich.

Der Grosse Stadtrat beschliesst die Anpassung der Traktandenliste der Ratssitzung vom 24. Juni: Die beiden Interpellationen 57 und 101 werden zusätzlich für diese Sitzung traktandiert, die Antworten des Stadtrates sollen vorgängig schriftlich vorliegen.

- Dringliche Motion 106, Nico van der Heiden, Benjamin Gross und Lena Hafen namens der SP-Fraktion vom 20. Mai 2021: **Wirtschaftliche Basishilfe**

Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Dringlichkeit der Motion 106 ist somit beschlossen. Die Motion wird an der Sitzung vom 24. Juni behandelt.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla teilt mit, dass die Motion 102, Nico van der Heiden, Benjamin Gross und Lena Hafen namens der SP-Fraktion vom 14. Mai 2021: «Wirtschaftliche Basishilfe», am 20. Mai zurückgezogen wurde.

Zur Traktandenliste

Im Verlauf der Sitzung kommt es zu einer Umstellung der Traktanden 5 und 4: Am Vormittag werden die Traktanden 1–3 behandelt, nach der Mittagspause (11.45–14.00 Uhr) zuerst Traktandum 5, dann die Traktanden 4 und 6–9. Die Protokollierung folgt der Traktandenliste.

2 Genehmigung des Protokolls 9 vom 25. März 2021

Das Protokoll 9 vom 25. März 2021 wird genehmigt und verdankt.

3 Bericht und Antrag 9/2021 vom 31. März 2021: Motoparkierung Pilotprojekt zur Erhebung von Gebühren für Motoparkplätze am Löwengraben

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 6. Mai 2021 den Bericht und Antrag 9/2021 «Motoparkierung» behandelt. Sie hat den Bericht grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen und einer Änderung von Art. 10a des Reglements über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren zugestimmt. Sie hat die Postulate 10 «Keine Diskriminierung von Motorrädern» und 60 «Kein Gratis-Parken für

Motorräder und Motorroller mehr im Stadtzentrum – für eine nachhaltige städtische Mobilität» als erledigt abgeschrieben.

Seit dem 1. Januar 2021 erlaubt die revidierte Schweizerische Signalisationsverordnung eine Gebührenpflicht für das Parkieren von Motos auf öffentlichem Grund. Im Rahmen eines zweijährigen Pilotprojekts sollen deren technische Umsetzbarkeit und die Akzeptanz überprüft werden. Gleichzeitig soll dem bestehenden Nachfrageüberhang bei den Motoparkplätzen in der Innenstadt durch die Schaffung von 200–300 zusätzlichen Motoparkplätzen begegnet werden.

Für die Mehrheit der Fraktionen war klar, dass Motos ein flächeneffizientes Verkehrsmittel sind, wobei allerdings Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren eine hohe Umweltbelastung in Form von Lärm, CO₂ und Schadstoffen aufweisen. Dass für die Motos zusätzliche Parkplätze geschaffen werden, um den bestehenden Nachfrageüberhang zu kompensieren, wurde von allen Fraktionen begrüsst. Eine Minderheit lehnte jedoch die geplante Umwandlung von 30–40 Autoparkplätzen ab. Das Pilotprojekt am Löwengraben wurde von einer grossen Mehrheit der Fraktionen begrüsst. Der gewählte Standort wurde dabei als sinnvoll und die Höhe der Gebühren als angemessen beurteilt. Eine Minderheit lehnt das Pilotprojekt als unnötig ab und beurteilt den gewählten Standort als ungeeignet. Gebühren sollten, wenn überhaupt, höchstens im Bereich Bahnhof erhoben werden. Eine grosse Mehrheit stimmte einer Protokollbemerkung zu, die verlangt, dass Elektromotos so schnell wie möglich von der Gebührenpflicht zu befreien sind. Einigkeit herrschte darin, dass bei einer definitiven Einführung von Parkgebühren für Motos eine Lösung für die Dauerparkierung auf öffentlichem Grund für Anwohnende gefunden werden muss. Eine entsprechende Protokollbemerkung der Baukommission wird der Sprechende in der Detailberatung beantragen.

Um für die Dauer des Pilotversuchs eine Lösung zu ermöglichen, beschloss die Kommission einstimmig eine Ergänzung in Art. 10a des Reglements über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren, die es dem Stadtrat erlaubt, für Anwohnende eine jährliche Gebühr vorzusehen. In der Schlussabstimmung nahm die Baukommission mit 10 : 1 Stimmen zustimmend vom Bericht «Motoparkierung» Kenntnis. Die von der Kommission ergänzte Änderung von Art. 10a des Reglements über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren wurde von der Kommission mit 10 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen.

Peter Gmür: Die CVP-Fraktion begrüsst es, dass es mit den Motoparkplätzen vorwärtsgeht, für sie ist es selbstverständlich und nachvollziehbar, dass der öffentliche Grund nicht gratis genutzt werden kann. Sie ist aber kritisch, dass man deswegen 30–40 Autoparkplätze aufheben muss. Das ist sehr unschön. Des Weiteren betrachtet die Fraktion auch den Standort nicht als eine tolle Sache. Ihrer Ansicht nach wäre es gescheiter, beim Bahnhof einen Pilotversuch durchzuführen. Des Weiteren wird leider in einer ersten Phase kein Unterschied zwischen Elektromotos und Motos mit Benzinmotor gemacht. Grundsätzlich ist die CVP-Fraktion aber für dieses Pilotprojekt und tritt auf den B+A ein.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht und Antrag und auch für den Fachbericht. Die Nöte rund um die Motoparkierung wurden gut aufgenommen, das Ziel einer flächeneffizienten Bewirtschaftung der Strassen- und Parkierungsflächen wird jetzt mit dieser Motoparkierung und dem Pilotprojekt umgesetzt. Explizit begrüsst die GLP-Fraktion, dass es einen Fachbericht gab, der das Stadtgebiet analysierte und zum Schluss

kam, dass der Löwengraben genau der richtige Ort für das Pilotprojekt ist, denn sonst einen Ort in der sogenannten Kernstadt zu erreichen wäre problematischer, und dort herrscht wirklich Not an Motoparkplätzen. Natürlich besteht in der Neustadt, in der Nähe des Bahnhofs, ebenso ein sehr grosser Druck, aber die Altstadt sollte prioritär behandelt werden. Deshalb ist die Fraktion mit diesem Pilotprojekt total zufrieden. Was die Motoparkierung anbelangt, weiss man seit 2017, dass der Bedarf viel grösser ist als das tatsächliche Angebot. Deshalb wird im B+A von 300 zusätzlichen Motoparkplätzen gesprochen, welche die Stadt in der nächsten Zeit realisieren soll. Die GLP-Fraktion ist damit einverstanden, dass dazu 30–40 Autoparkplätze umgenutzt werden.

Die GLP-Fraktion begrüsst das Pilotprojekt per se. Ihrer Ansicht nach sollten E-Motos bevorzugt werden. Wenn das in der Pilotphase nicht möglich ist, dann sicher spätestens, wenn das Pilotprojekt beendet ist und eine gut Analyse vorliegt, dass a) die technische Machbarkeit, die Motoparkplätze zu bewirtschaften, gegeben ist, b) geklärt wurde, wo man überall Motoparkplätze einrichten kann, und c) die Akzeptanz dieser Gebühren tatsächlich vorhanden ist.

Der Sprechende hat in seinem persönlichen Umfeld diejenigen, die ein Moto haben, sei es ein E-Moto oder eines mit Benzinmotor, gefragt, und sie sind der Meinung, dass alle Motofahrer für einen solchen Parkplatz zahlen wollen. Bei den Leuten, die bereits ein Moto haben, scheint also eine grosse Akzeptanz vorhanden zu sein. Es geht bei diesem Thema auch um eine Umlagerung von den Autos auf andere Verkehrsmittel, die Priorität liegt dabei klar auf dem Fuss- und Veloverkehr, aber Motos sind auf jeden Fall flächeneffizient und tragen in diesem Sinn zur besseren Erreichbarkeit der Stadt bei, die nicht gegeben wäre, wenn alle mit dem Auto kommen wollten. Das bedeutet nicht, dass die GLP-Fraktion per se gegen jedes Auto wäre, aber es geht da ja um die Erreichbarkeit der Stadt und dass die Stadt einfach nicht mehr Platz hat. Wie man dem medialen Echo entnehmen konnte, ist das Pilotprojekt nicht unbestritten. Die Stadt muss darauf achten, dass das, was sie plant, nicht einfach als Abwehrreaktion den Leuten gegenüber aufgefasst wird, die von aussen in die Stadt kommen wollen. Der Sprechende möchte in diesem Zusammenhang nicht noch einmal auf die Abstimmung vom nächsten Sonntag hinweisen [Parkplatzreglement und Parkkartenreglement], aber das ist selbstverständlich auch da ein Thema. Die GLP-Fraktion wird auf den B+A eintreten, sie ist mit der Reglementsänderung einverstanden und wird der Protokollbemerkung und der Abschreibung der beiden Postulate zustimmen.

Nico van der Heiden ist einer der – er zitiert ein paar Kommentare aus Facebook – Verbrecher, Abzocker, links-grünen Verhinderer, Velorowdys und Stadtabtöter, die damals das Postulat mit der Forderung, eine Parkgebühr für Motos zu prüfen, eingereicht haben. Dieses hat jetzt mit gewissen Verzögerungen zum vorliegenden B+A geführt. Möglich wurde das, wie der Kommissionssprecher bereits erwähnte, dank einer Gesetzesänderung auf Bundesebene per Anfang 2021. Für einmal ist also nicht der Stadtrat an der Verzögerung schuld.

Ganz unaufgeregt kann der Sprechende feststellen, dass er die Idee von damals immer noch richtig findet: Wer den öffentlichen Raum und die Umwelt übermässig beansprucht, soll dafür etwas zahlen. Es stimmt: Motos sind deutlich flächeneffizienter als Autos, aber in Bezug auf den CO₂-Ausstoss und weitere Schadstoffe sind sie leider nicht besser, sondern paradoxerweise sogar schlechter. Der Sprechende hat die Umweltpunktelastung noch einmal angeschaut: Es ist tatsächlich so, dass ein normales Moto, also kein E-Moto, in der Öko-Bilanz schlechter abschneidet als ein Mittelklasseauto. Das findet der Sprechende immer noch überraschend und er kann es sich,

da er ja nicht vom Fach ist, auch nicht so ganz erklären, aber es ist tatsächlich ökologisch sinnvoller, mit einem Mittelklasseauto zu fahren als mit einem Moto. Daher ist es richtig, dass das Abstellen von Motos in der Innenstadt künftig gebührenpflichtig sein wird, selbstverständlich nicht zum gleichen Preis wie ein Auto und auch nicht im gleichen Perimeter.

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für den sauber ausgearbeiteten B+A. Sie ist mit dem Vorgehen – Pilotprojekt am Löwengraben und Schaffung von mehr Motoparkplätzen in der Stadt – sehr einverstanden. Sie hofft, dass das Pilotprojekt funktioniert und anschliessend in eine dauerhafte Bewirtschaftung überführt werden kann.

Sehr eindrücklich ist die Abbildung 2 im B+A (Seite 9), die den starken Nachfrageüberhang zeigt. Nachfrageüberhang ist ein tolles Wort für illegale Wildparkiererei. Seit der Veröffentlichung des B+A hat der Sprechende, wenn er in der Stadt unterwegs war, mehr auf die Motoparkierung geachtet, ein Teil seiner Wut auf falschparkierte Autos wurde mittlerweile auf falschparkierte Motos umgelenkt. Es ist krass, wie die Motos irgendwie und irgendwo kreuz und quer parkiert werden. Der Sprechende hätte daher den Wunsch, dass die illegale Motoparkierung auch vermehrt geahndet wird. Er hat nämlich das Gefühl, dass er bei den Autos relativ viele Parkbussen sieht, bei den Motos jedoch weniger. Sicher muss man bei diesem Pilotprojekt sehr gut aufpassen, dass die Leute nicht irgendwo an einem anderen Ort illegal parkieren, um der Parkgebühr aus dem Weg zu gehen, oder dass sie allenfalls die nahegelegenen Veloparkplätze zuparkieren, wie das heute leider schon der Fall ist.

In der Detailberatung wird die SP-Fraktion den Anträgen aus der Baukommission folgen. Die SP-Fraktion tritt gern auf den B+A ein, sie stimmt ihm zu und ist mit der Abschreibung der Postulate 60 und 10 einverstanden.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion bedankt sich für den ausführlichen Bericht und Antrag, auch wenn sie ihm nicht nur Positives entnehmen kann. Sie begrüsst es grundsätzlich, dass 300 zusätzliche Motoparkplätze geschaffen werden sollen; im Innenstadtbereich und rund um den Bahnhof besteht tatsächlich ein Mangel an Motoparkplätzen und es kommt zu Wildparkierung, wie das auch bei anderen Verkehrsträgern der Fall ist. Im Rest der Stadt sieht die SVP-Fraktion allerdings keinen grossen Bedarf, sie hat aber auch kein Problem damit, wenn man dort zusätzliche Parkgelegenheiten für Motos schafft, insbesondere in Anbetracht des steigenden Mobilitätsbedürfnisses der Bevölkerung und auch der generell wachsenden Bevölkerung. Für die SVP-Fraktion ist klar, dass bei der Gebührenerhebung kein Unterschied in Bezug auf die Antriebsart gemacht werden darf, bei diesen Gebühren geht es nicht um die Lenkung auf eine bestimmte Antriebsart hin, sondern um die Nutzung des öffentlichen Raums, und dafür sollen alle gleich viel zahlen. Einen Pilotversuch hält die SVP-Fraktion grundsätzlich für unnötig, denn es geht entgegen den Ausführungen im B+A nicht um die Frage der Akzeptanz von Parkgebühren: Letztlich zahlt niemand gern freiwillig zusätzliche Gebühren, nur der Sprecher der GLP-Fraktion hat da offenbar andere Rückmeldungen erhalten. Bei diesen Gebühren für die Motoparkierung geht es um eine politische Frage, um die Entscheidung, ob man sie einführen will oder nicht. Nach Ansicht der SVP-Fraktion hätte die Stadt da die Abkürzung nehmen und direkt die politische Grundsatzdiskussion über Motoparkgebühren führen sollen. Für die SVP-Fraktion riecht der B+A einmal mehr nach Kalkül, um weitere Autoparkplätze aufheben zu können; sie lehnt natürlich die Aufhebung der 35 Autoparkplätze ab. Es heisst zwar im B+A, es seien ja nur 35 Autoparkplätze, aber das ist eben die Salamtaktik der Stadt: Auch bei

Quartieraufwertungen werden jeweils ein paar Autoparkplätze aufgehoben – der Grosse Stadtrat wird nachher im Zusammenhang mit dem B+A zur Lindenstrasse eine Quartieraufwertung besprechen – oder auch bei den Pop-up-Parks. Jedes Mal heisst es, es seien ja nur ein paar wenige Parkplätze, aber so fallen im Innenstadtbereich immer mehr Parkplätze weg. Der Sprechende würde die Anhänger dieser Taktik nicht gerade als Innenstadtabtöter bezeichnen – Nico van der Heiden hat ja mehrere solche Ausdrücke erwähnt –, aber es ist sicher so, dass mit einem immer weitergehenden Parkplatzabbau die Attraktivität der Stadt nicht zunimmt.

Die Kosten für die Umwidmung der Autoparkplätze in der Höhe von 70'000 Franken sind für die SVP-Fraktion nicht ganz nachvollziehbar. Letztlich muss man doch einfach ein paar Striche auf dem Boden anbringen und vielleicht eine Tafel aufstellen. Aber in Anbetracht dessen, dass die Stadt für ein neues Logo 80'000 Franken ausgibt, kommen diese Umgestaltungskosten fast einem Schnäppchen gleich.

Dem Antrag und der Protokollbemerkung bezüglich einer Dauerparkkarte analog zur Dauerparkkarte für Autos wird die SVP-Fraktion zustimmen. Sie wird auf den B+A eintreten, beantragt aber, hauptsächlich weil sie den Pilotversuch als unnötig erachtet, ablehnende Kenntnisnahme. Der Abschreibung der beiden Vorstösse wird die SVP-Fraktion zustimmen.

Damian Hunkeler bemerkt einleitend, dass für diesen B+A in seiner Brust zwei Herzen schlagen. Als Motofahrer begrüsst er es selbstverständlich, dass zusätzliche Parkierungsmöglichkeiten für Motos geschaffen werden sollen. Auf der anderen Seite schätzt er es als Automobilist gar nicht, dass an bester Lage 40 Autoparkplätze verschwinden. Natürlich sind das, wie auch Patrick Zibung vorhin ausführte, nur ein paar, aber es sind doch rund 3,3 Prozent der Parkuhrenparkplätze in diesem Perimeter, das ist eine nicht ganz unbedeutende Anzahl. Im Winter werden diese Motoparkplätze leer stehen, dadurch ergibt sich eine sehr schlechte Flächeneffizienz. Darum hat die FDP-Fraktion eine Protokollbemerkung eingereicht, diese Parkplätze zu hybridisieren. Der Abbau dieser 40 Autoparkplätze ist übrigens im gerade jetzt zur Abstimmung kommenden Parkplatzreglement nicht enthalten, es handelt sich da schon wieder um einen weiteren Meilenstein in der Abbaustrategie von Autoparkplätzen. Der Sprechende findet es schade, dass ein Reglement, das noch nicht einmal eingeführt wurde, schon wieder überholt ist.

Dass die Motoparkplätze bepreist werden, kann die FDP-Fraktion akzeptieren und stimmt dem Pilotprojekt zu, der Standort ist für sie in Ordnung. Eine Ausnahme der E-Motos von der Gebührenpflicht hält die FDP-Fraktion für falsch, analog müsste man ja dann auch E-Autos von den Parkgebühren befreien, und das ist wahrscheinlich nicht vorgesehen.

Es wurde auch gefragt, wo denn zusätzliche Flächen für Motoparkplätze gefunden werden könnten, wenn nicht bei den Autoparkplätzen. Solche Flächen kann man sicher finden, wenn man will. Mit einem kleinen Augenzwinkern macht der Sprechende noch einen Vorschlag für die Zukunft: Wenn das grosse und teure Veloparking an der Bahnhofstrasse dann einmal realisiert ist, könnte man ja ein paar von diesen Veloparkplätzen in Motoparkplätze umwidmen, damit sie genutzt werden, oder man richtet das Veloparking gleich von Anfang an so ein, dass man auch mit dem Moto hinunterfahren kann – die Motofahrer würden dieses Parking nämlich nutzen und auch etwas dafür zahlen.

Eine Verlagerung von der Autobenutzung zu einer vermehrten Nutzung von Motos sollte man nicht erwarten, denn wie man gesehen hat, ist der Nachfrageüberhang relativ gross. Wenn also die

Nachfrage mit den neu bereitgestellten Parkplätzen gedeckt ist, wird es keinen zusätzlichen Platz mehr für weitere Motos haben.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihn wahrscheinlich auch gutheissen, je nach Verlauf der Diskussion.

Martin Abele: Die G/JG-Fraktion dankt dem Stadtrat für den vorliegenden Bericht und Antrag, den zweiten zum Thema Parkierung in kurzer Zeit, nach dem Konzept Autoparkierung, zu welchem – es wurde schon erwähnt – am nächsten Wochenende eine spannende Abstimmung ansteht. Auch im B+A Motoparkierung hat der Stadtrat noch einmal dargelegt, wie sich die Verkehrsproblematik in der Stadt Luzern präsentiert. Er schreibt (Seite 6): «Bereits heute ist das Verkehrsnetz der Stadt und der Agglomerationsgemeinden stark ausgelastet und in den Spitzenstunden teilweise überlastet.» Weiter führt er aus, dass sich die Verkehrsüberlastungen in den Hauptverkehrszeiten negativ auf die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs auswirken, der im Stau stecken bleibt.

Eine Lösung des Stadtrates für diese Problematik ist die Verlagerung der Mobilität auf flächeneffiziente Verkehrsarten. Der Stadtrat meint damit auch die Motos, obschon er gleichzeitig zu bedenken gibt, dass die kurzen Strecken, die häufig mit Motos zurückgelegt werden, «sinnvollerweise auch mit dem ÖV, Velo oder zu Fuss zu bewältigen wären» (Seite 7). Und er schreibt einen bemerkenswerten Satz, der mit aller Deutlichkeit zeigt, dass die Zahl der Parkplätze eigentlich reduziert werden müsste, um die gewünschte Verlagerung zu erreichen (Seite 7): «Bei der Erzeugung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) gilt der zur Verfügung stehende Parkraum als einer der Schlüsselfaktoren. Dies gilt auch für Motos.» Mit anderen Worten, es geht bei diesem B+A zwar um zusätzliche Parkplätze, aber der Stadtrat möchte eigentlich weniger Parkplätze und fordert jetzt vom Grossen Stadtrat, 300 zusätzliche Parkplätze zu bewilligen.

Die G/JG-Fraktion ist natürlich mit den Verlagerungszielen des Stadtrates einverstanden. Sie glaubt aber nicht, dass mit der Schaffung von zusätzlichen Motoparkplätzen irgendein Verlagerungseffekt erzielt werden kann. Das wurde auch von anderer Seite schon erwähnt. Es wäre aus Sicht der G/JG-Fraktion auch nicht wirklich wünschenswert, dass mehr Motos herumfahren. Diese mögen zwar insgesamt weniger Platz brauchen; klima- und lärmtechnisch schneiden sie aber eher schlecht ab. Dass die G/JG-Fraktion trotzdem auf den B+A eintritt und ihm auch zustimmen wird, liegt daran, dass es im allgemeinen Interesse ist, den Mangel an Parkmöglichkeiten für Motos zu beseitigen und so die Wildparkierung einzudämmen. Die Leidtragenden der heutigen Situation sind nämlich einerseits diejenigen, die zu Fuss unterwegs sind, denen der Platz auf den Trottoirs genommen wird, und andererseits die Velofahrerinnen und Velofahrer, wenn die Motos auf den Veloabstellplätzen parkiert werden.

Die G/JG-Fraktion ist also einverstanden mit der Beseitigung des Nachfrageüberhangs in der Innenstadt und begrüsst auch, dass die neu zu schaffenden Motoparkplätze hauptsächlich durch die Umwandlung von Autoparkplätzen entstehen sollen. Es ist übrigens – dies zu Patrick Zibung – nicht so, dass sukzessive immer mehr öffentliche Autoparkplätze verschwinden. Der Sprechende hat bei LUSTAT nachgeschaut: Die Stadt hatte 2015 15'200 Parkplätze, diese Anzahl hat sich bis 2017 auf 14'800 reduziert, jetzt sind es wieder 15'100. Es ist also kein kontinuierlicher Rückgang festzustellen, sondern die Zahl der Autoparkplätze nimmt zum Teil auch wieder zu.

Die G/JG-Fraktion geht davon aus, dass es sich bei den Autoparkplätzen, die in Motoparkplätze umgewandelt werden sollen, nicht um solche handelt, wo noch sinnvoller ein Veloweg realisiert

werden könnte, sondern dass man darauf achtet, dass es Parkplätze sind, die nicht anderweitig besser genutzt werden könnten. Etwas Sorge bereitet der Fraktion, dass noch nicht klar bestimmt ist, auf welchen übrigen Flächen die weiteren Motoparkplätze geschaffen werden sollen. Der Fachbericht schlägt einerseits die Verlängerung von bestehenden Moto- oder Autoparkierungen und andererseits die Anordnung auf dem Trottoir vor. Für die G/JG-Fraktion ist sehr wichtig, dass kein Nutzungsraum für die Fussgängerinnen und Fussgänger verloren geht.

Dass für die Motoparkierung neu Gebühren erhoben werden sollen, findet die G/JG-Fraktion in Ordnung. Seit Anfang Jahr besteht ja die rechtliche Grundlage dazu. Die Höhe der Gebühren ist aufgrund des beanspruchten Platzes fair berechnet. Wenn die Autofahrenden für die Parkierung zahlen müssen – er handelt sich, wie Nico van der Heiden sagte, wirklich darum, einen Preis für die Nutzung des öffentlichen Grundes zu zahlen –, ist auch eine Bepreisung der Motoparkplätze im Verhältnis zur Fläche, die sie beanspruchen, in Ordnung. Die Akzeptanz und die Wirkung dieser Massnahme werden zuerst einmal in einem zweijährigen Versuchsbetrieb getestet, somit braucht es im Moment keinen Aufschrei wegen dieser Bepreisung. Der Standort am Löwengraben scheint für das Pilotprojekt ideal.

Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein, sie nimmt den vorliegenden Bericht zustimmend zur Kenntnis und wird der Änderung des Reglements über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren zustimmen.

Silvio Bonzanigo dankt nicht für diesen B+A. Warum nicht? Es geht ihm um eine grundsätzliche Haltung. Fast wie ein Ritual wird jetzt jeweils dem Stadtrat gedankt, der Verwaltung gedankt, das hat sich so eingespielt. Der Sprechende ist da pragmatischer: Das sind Leute, die ihre Arbeit machen. Auch die Mitglieder des Grossen Stadtrates machen hier ihre Arbeit, ihnen wird auch nicht jeder Vorstoss verdankt. Der Sprechende möchte in dieser Pragmatik weiterfahren. Zum B+A ist zu bemerken, dass er eine klassische Junktimvorlage darstellt. Das heisst, man erhält das eine nur, wenn man das andere auch akzeptiert. Das heisst, die Motofahrenden erhalten nur mehr Parkplätze, wenn sie gleichzeitig die Bepreisung dieser Parkplätze in Kauf nehmen. Das ist nicht der State of the Art, den der Sprechende für das politische Handeln möchte. Aber der B+A liegt jetzt so vor, der Grosse Stadtrat kann es nicht mehr ändern. Warum kritisiert der Sprechende diese Vorlage weiter? Sie transportiert zum grossen Teil ein Missverständnis darüber, was Motorradfahren ist. Martin Abele hat entsprechende Ausführungen aus dem B+A zitiert: Motorradfahren ist eine Art Binnenverkehr in der Stadt, es verursacht Lärm, es verursacht Gestank, es braucht aber nicht viel Platz. Der Sprechende kann versichern, dass ein grosser Teil des Motorradfahrens anders ist, nämlich touristisch orientiert. Er ist in den letzten 40 Jahren in etwa 40 Ländern Motorrad gefahren. Es gibt in der Stadt Luzern auch Touristen, die mit dem Moto hierherkommen, die gern Moto fahren. Die Bundesländer in Österreich Vorarlberg und Tirol haben die Motofahrenden zu einem wichtigen Zweig des Tourismus entwickelt. Die Stadt Luzern müsste diesen Aspekt antizipieren. Wenn sie als Ausgangspunkt ihrer Überlegungen einfach annimmt, dass Motos nur Binnenverkehr darstellen – das ist übrigens nicht gerade kreativ einfach aus dem Vorstoss von 2013 abgekupfert –, ist sie auf dem falschen Pfad. Die Stadt Luzern braucht mehr Tourismus, sie muss auch für Reisende mit Motos aus dem Ausland bereit sein, um sie willkommen zu heissen.

Der Sprechende hat es nicht goutiert, dass der Stadtrat in diesem B+A nicht wie in anderen Berichten und Anträgen auch Vergleiche anstellt, was anderswo gemacht wird. Dazu muss man den

Fachbericht hinzuziehen, wo ausgeführt ist, was die Städte Bern und Basel unternommen haben und worin sie gescheitert sind. Die Stadt Luzern ist also drauf und dran, wieder einmal zu einem Pilot zu werden, dass irgendeine Nutzung mit einer Gebühr «belohnt» wird. Das findet der Sprechende nicht gut. Dass es aber mehr Motoparkplätze braucht, ist ganz unbestritten. Darum wird er den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Zu Nico van der Heiden bemerkt der Sprechende bezüglich der Abgasproblematik, dass der Abgasstrang des Motos in der längsten Ausführung 1,5 m beträgt, beim Auto sind es 3 oder 4 m. Moderne Motos erfüllen heute die EU-Abgasnorm 3 oder 4, neuste sogar die EU-Abgasnorm 5. Das ist nicht besonders gut, aber es ist auch nicht dramatisch. Der Grosse Stadtrat kann also nach Ansicht des Sprechenden den B+A zustimmend zur Kenntnis nehmen, gleichzeitig sollte man aber den touristischen Aspekt des Motorradfahrens nicht einfach unter den Tisch wischen. Die Motorradfahrenden stellen für die Tourismusbranche eine Option dar, wie das Beispiel Österreich zeigt.

Nico van der Heiden dankt Silvio Bonzanigo für sein Votum. Er richtet einerseits an den Stadtrat die Frage, ob es eine Erhebung dazu gibt, welcher Prozentanteil des Motoverkehrs in der Stadt Luzern touristisch ist – der Sprechende hat diesbezüglich eine Vermutung. Andererseits hält er fest, dass die SP-Fraktion keine Ausrichtung des Tourismus auf die Motofahrenden will. Den Mototourismus sollen diejenigen fördern, die das sinnvoll finden, die SP-Fraktion würde das ablehnen.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Man kann auch danken, wenn Leute einfach ihre Arbeit gut erledigen. Darum dankt der Sprechende den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für die kritisch-positive Aufnahme des B+A. Er hat die kritischen Anmerkungen sehr wohl gehört, aber im grossen Ganzen wurde der B+A gut aufgenommen. In der öffentlichen Diskussion war man sich vielleicht zu wenig der Tatsache bewusst, dass es in diesem B+A gemäss dem Haupttitel um die Motoparkierung generell geht; erst im Untertitel wird ein zweites Projekt genannt, nämlich der Pilotversuch zur Gebührenpflicht. Es ist klar: Immer wenn über Parkplätze diskutiert wird, gibt es relativ hohe Wellen. Der Sprechende hat sich den Blick in die Sozialen Medien erspart, die Briefpost hat ihm genügt.

Ein wichtiger Punkt im B+A ist die Absicht der Stadt, für die Motoparkierung genügend Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Der Nachfrageüberhang liess sich aufgrund der Motos, die nicht auf den dafür vorgesehenen Flächen parkiert wurden, also illegal parkiert wurden, leicht feststellen. Der Stadtrat hat sich dafür entschieden, zusätzliche Motoparkplätze zu schaffen; er will nicht mehr Motos in der Stadt, aber sein Ziel ist auch nicht, dass es in der Stadt weniger Motos gibt, sondern er will einfach genügend Motoparkplätze zur Verfügung stellen, um den Bedarf geordnet abzudecken. Verschiedentlich wurde gefragt, wo solche zusätzliche Motoparkplätze möglich sind. Damian Hunkeler hat gesagt, man würde schon Flächen finden, wenn man wirklich wollte. Das ist in der Innenstadt nicht ganz einfach. Die Flächenkonkurrenz zwischen den verschiedensten Ansprüchen ist extrem. Wenn die zusätzliche Motoparkierung nicht zulasten der Autoparkierung ginge, ginge sie zulasten der Fläche, die für Fussgängerinnen und Fussgänger zur Verfügung steht. Vielleicht gibt es auch irgendwo irgendwelche Restflächen, die jetzt nicht genutzt werden und die man für diese Parkierung nutzen könnte. Das ist im B+A so dargelegt, aber es werden bewusst keine konkreten Orte genannt, denn sonst würde der Grosse Stadtrat jetzt über jede Strassenecke und über jeden einzelnen Parkplatz diskutieren. Das ist hingegen eher eine operative Aufgabe. Nicht richtig ist die

Aussage von Damian Hunkeler bezüglich des Autoparkierungskonzepts: Die im vorliegenden B+A prognostizierte Reduktion von Autoparkplätzen aufgrund der geplanten Motoparkierung wurde im Autoparkierungskonzept sehr wohl eingerechnet. Das ist auch schriftlich festgehalten, entweder im Text oder im Anhang. Es werden ja, einerseits aufgrund der Nachweispflicht von Anwohnerinnen und Anwohnern, dass ihnen kein privater Parkplatz zur Verfügung steht, und andererseits durch die Verkürzung der Parkdauer Parkierungsmöglichkeiten freigespielt, unabhängig davon, welche Variante die Stimmbevölkerung am nächsten Sonntag beschliesst. Dadurch wird Platz frei für die zusätzliche Motoparkierung. Der Stadtrat verfolgt also mit diesem B+A nicht oder noch nicht eine Reduktion der Motos z. B. aus umweltpolitischen Zielen, sondern er will einfach die Motoparkierung optimieren. Und der Aspekt der zusätzlichen Motoparkplätze wurde im Gesamten eingerechnet, weil die Stadt ja die Konzepte zur Veloparkierung, Carparkierung, Autoparkierung und Motoparkierung parallel erarbeitet hat.

Der Abbau von Autoparkplätzen wird von den einen immer beklagt, von anderen vielleicht sogar begrüsst. Ein Autoparkplatz sichert etwa 1,1 bis 1,3 Kundinnen/Kunden oder anderen Leuten, die in der Stadt unterwegs sind, einen Abstellplatz für ihr Fahrzeug. Bei einem Autoparkplatz, der in Motoparkplätze umgewandelt wird, sind es mindestens fünf, vielleicht sechs oder sieben Personen – auf manchen Motos wird ja zu zweit gefahren. Mindestens fünf Personen sind bei einem Auto selten. Die gleiche Überlegung könnte man auch in Bezug auf die Velos anstellen, dort sind es noch mehr Personen, welche die Möglichkeit hätten, ihre Parkierungsbedürfnisse auf dieser bestimmten öffentlichen Fläche sicherzustellen. Natürlich kann man mit dem Moto weniger transportieren, aber der Sprechende bezweifelt, dass eine Autofahrerin, ein Autofahrer wirtschaftlich so viel mehr wert sein soll als fünf Motorradfahrende. In der Argumentation werden sie aber meist gleichgestellt.

Der Sprecher der CVP-Fraktion fragte, wieso das Pilotprojekt nicht beim Bahnhof durchgeführt wird. Natürlich hat sich der Stadtrat den Perimeter für das Pilotprojekt gut überlegt. Es muss an einer Stelle durchgeführt werden, wo es nicht viele Möglichkeiten gibt, auszuweichen oder gleich um die Ecke zu parkieren. Das ist beim Löwengraben der Fall, das nächste Angebot für die Motoparkierung befindet sich auf der anderen Reussseite. Sonst gibt es in diesem Gebiet, das notabene nicht einmal eine Parkkartenzone ist, keine Alternative. Beim Bahnhof gibt es verschiedene Motoparkplätze, die alle für das Pilotprojekt ausgerüstet werden müssten, denn wenn man nur einen ausrüsten würde, würden die Motofahrenden auf die anderen Motoparkplätze ausweichen. Natürlich ist beim Bahnhof der Druck auf die Motoparkplätze hoch, aber er ist auch im Löwengraben hoch. Als der Sprechende dort an einem Montagmittag ein Interview gab, standen auf diesen zwölf Motoparkplätzen insgesamt 26 Motos, beziehungsweise sie standen eben vorwiegend auch auf der Veloparkierung daneben und auf dem Trottoir. Die Nachfrage ist im Löwengraben offensichtlich hoch, daher eignet er sich für das Pilotprojekt.

Es wurde kritisiert, warum die Stadt überhaupt ein Pilotprojekt wolle und die Gebührenpflicht nicht direkt einführe. In der Schweiz gibt es keine Erfahrungen mit gebührenpflichtigen Motoparkplätzen; andere Städte, die entsprechende Versuche planten, wurden zum Teil politisch zurückgepfiffen. Die Stadt Luzern hat aufgrund eines überwiesenen Postulats einen Auftrag aus dem Parlament, eine gebührenpflichtige Parkierung für Motos zu prüfen. Das tut der Stadtrat, er hat diesen Auftrag, weil gerade am Konzept der Motoparkierung gearbeitet wurde, aufgenommen, sobald die rechtlichen Möglichkeiten vonseiten des Bundes vorhanden waren.

Der Sprechende kann versichern, dass bei der Umwandlung von Autoparkplätzen in Motoparkplätze auf zukünftig mögliche Veloverbindungen geachtet wird. Die Stadt ist in der Folge des zurückgewiesenen B+A zum Fuss- und Veloverkehr intensiv an der Planung des Velonetzes; diese Planung wird hier selbstverständlich berücksichtigt. Die Kriterien für die Realisierung von zusätzlichen Motoparkplätzen sind definiert: Es dürfen dazu keine Grünflächen verwendet werden, die Verkehrssicherheit muss immer gewährleistet sein, und der Sprechende kann sich auch nicht vorstellen, dass man für diese Parkierung Trottoirflächen, die sowieso eher knapp sind, einschränken würde.

Zu Silvio Bonzanigo bemerkt der Sprechende, dass kein Junktim zwischen den beiden Elementen der Vorlage besteht: Die Optimierung der Motoparkierung kann im Prinzip auch ohne das Pilotprojekt erfolgen, und ob die Gebührenpflicht im Anschluss an das Pilotprojekt auf die gesamte verfügbare Motoparkierung ausgeweitet wird, ist nicht mit der Realisierung von zusätzlichen Motoparkplätzen verbunden.

In Bezug darauf, wie viel Motoverkehr in der Stadt Luzern touristisch generiert ist, gibt es, soviel der Sprechende weiss, keine Erhebungen. Der B+A enthält keine Aussage über die Zwecke, weshalb das Moto genutzt wird, ob das Einkaufszwecke oder touristische Zwecke usw. sind. Es ist ja durchaus denkbar, dass jemand ein Moto hat, um am Wochenende über die Pässe zu fahren, es also selber touristisch nutzt, aber unter der Woche auf dem öffentlichen Grund abstellt, weil keine private Parkierung zur Verfügung steht. Diesbezüglich möchte der Stadtrat natürlich auch darauf hinarbeiten, diese Parkierung ebenso wie die Autoparkierung in den Privatraum zu verschieben, aber das wird erst möglich sein, wenn das Pilotprojekt ausgewertet ist und das Parlament beschliesst, die Gebührenpflicht auf die gesamte Fläche auszuweiten.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 9/2021: «Motoparkierung. Pilotprojekt zur Erhebung von Gebühren für Motoparkplätze am Löwengraben» eingetreten.

DETAIL

Seite 12 f. 5.1 Erweiterung der Motoparkplätze

Damian Hunkeler: Die FDP-Fraktion beantragt zu diesem Kapitel eine **Protokollbemerkung**. Man spricht im Zusammenhang mit den Motos immer von Flächeneffizienz. Sicher ist, dass die Motoparkplätze im Winter nicht benutzt werden. Darum sollen gemäss der Protokollbemerkung der FDP-Fraktion die in Motoparkplätze umgewandelten Autoparkplätze nur im Sommer für Motos, im Winterhalbjahr hingegen wieder für Autos zur Verfügung stehen. Wenn man von Effizienz sprechen will, wäre das der einzig richtige Weg. Die Protokollbemerkung lautet wie folgt:

Um eine minimale Flächeneffizienz sicherzustellen, sind die vorgesehenen 30–40 Autoparkplätze, welche in Motoparkplätze umgewandelt werden sollen, hybrid zu gestalten, das heisst, dass sie für die Sommermonate als Motoparkplätze und im Winter weiterhin als Autoparkplätze dienen.

Silvio Bonzanigo findet die Stossrichtung hin zu möglichst grosser Effizienz grundsätzlich korrekt, aber man müsste auch noch etwas anderes in die Überlegungen einbeziehen, nämlich die derzeitige Aussenbewirtschaftung von Parkplätzen durch die Gastronomie; auch da ist das Winterhalbjahr nicht gelöst, soviel der Sprechende informiert ist. Wenn schon möchte er eine Überblicksgesetzgebung oder was auch immer es dann ist, in welcher alle zusätzlich bewilligten Nutzungen, Umnutzungen und Umwidmungen von Autoparkplätzen berücksichtigt werden. Deshalb wäre es besser, noch zuzuwarten, bis die Überlegungen im Zusammenhang mit der Gastrothematik fortgeschritten sind. Der Sprechende lehnt die Protokollbemerkung ab.

Stefan Sägesser: Das Anliegen ist grundsätzlich prüfenswert, eine Protokollbemerkung ist ja ein Prüfauftrag. Man könnte das während der Pilotphase abklären, denn es braucht ja gerade deshalb ein Pilotprojekt über zwei Jahre, weil man jetzt noch nicht genau weiss, wie gross der Bedarf tatsächlich ist. Der Bedarf muss abgeklärt werden, auch der Bedarf an Dauerparkkarten, damit man weiss, wie viele es braucht. Es wäre also sinnvoll, das Anliegen der Protokollbemerkung zumindest zu prüfen. Der Sprechende würde mutmassen, dass diese Motoparkplätze auch im Winter gebraucht werden, denn die Winter sind hierzulande auch nicht mehr, was sie einmal waren, und diejenigen, die aus den umliegenden Quartieren oder aus der Agglomeration mit dem Moto in die Stadt fahren, tun das auch im Winter. Aber die Protokollbemerkung ist nur ein Prüfauftrag, sie bringt in diesem Sinn allenfalls einen Erkenntnisgewinn und tut niemandem weh.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion dankt der FDP-Fraktion für diese Protokollbemerkung, die ihr sehr sympathisch ist und die sie darum unterstützen wird. Die SVP-Fraktion beantragt in Bezug auf die Schaffung von zusätzlichen Motoparkplätzen auch eine **Protokollbemerkung**, wobei der Sprechende nicht sicher ist, ob man dann die beiden Protokollbemerkungen einander gegenüberstellen müsste. Die Protokollbemerkung lautet:

Auf den Abbau von Autoparkplätzen wird verzichtet.

In der Eintretensdebatte wurde auf ein angebliches Wachstum bei den Autoparkplätzen hingewiesen. Das mag zwar so sein, aber gemäss der Wahrnehmung des Sprechenden definitiv nicht im Innenstadtbereich. Es nützt nichts, wenn diese neuen Autoparkplätze in der Büttenehalde oder auf dem Littauerberg entstehen. Wie der Sprecher der FDP-Fraktion in seinem Eintretensvotum richtig feststellte, gibt es genügend alternative Flächen für die zu erstellenden Motoparkplätze. Die Velostation wurde genannt, aber mit ein bisschen Fantasie findet man sicher auch weitere Möglichkeiten.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla wird über die beiden Protokollbemerkungen einzeln abstimmen lassen.

Peter Gmür: Die CVP-Fraktion kann mit der Idee der FDP-Fraktion ganz gut leben, es ist ein Prüfauftrag; ob der Vorschlag durchführbar ist oder nicht, muss eben abgeklärt werden. Da es sich um ein Pilotprojekt handelt, kann man dieser Protokollbemerkung sicher zustimmen.

Nico van der Heiden hätte es gut gefunden, wenn der Baukommissionspräsident schon zu Wort gekommen wäre und mitgeteilt hätte, dass die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion in der Kommission noch nicht eingebracht wurde, denn solche Diskussionen sind in der Kommission einfacher als im Parlament. Der Sprechende möchte gern von Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula hören, erstens, ob das rechtlich möglich ist, und zweitens eine Aufwandschätzung, wenn man diese Parkplätze zweimal pro Jahr ummarkieren und umsignalisieren muss. Der Sprechende gibt Stefan Sägesser recht: Zu behaupten, es habe im Winter keine Motos, ist einfach Quatsch. Es wird im Winter sicher weniger Moto gefahren, wie auch weniger Velo gefahren wird, aber man müsste doch sehr genau wissen, wie viele Motos es im Winter noch sind. Die Protokollbemerkung verlangt einfach, alle Autoparkplätze, die jetzt in zusätzliche Motoparkplätze umgewidmet werden, sollen im Winter wieder Autoparkplätze sein. Das könnte dazu führen, dass die Stadt im Winter weiterhin illegal parkierte Motos hätte. Das möchte der Sprechende nicht. Er möchte daher ohne seriöse Abklärung, ohne zu wissen, wie viele Parkplätze im Winter wirklich sinnvollerweise wieder in Autoparkplätze umgewidmet werden sollen, dieser Protokollbemerkung nicht zustimmen.

Martin Abele ist erstaunt, wie salopp jetzt da immer wieder gesagt wird, eine Protokollbemerkung sei ja nur ein Prüfauftrag, man könne sie ruhig einmal überweisen und werde ja dann sehen, was damit gemacht wird. Der Grosse Stadtrat sollte seine Aufträge durchaus ernster nehmen. Es ist nicht so, dass eine Protokollbemerkung nur ein Prüfauftrag ist, den man einfach einmal in die Runde wirft, sondern das Parlament bringt damit seinen Willen zum Ausdruck, und darum ist es durchaus relevant, ob der Grosse Stadtrat jetzt zu dieser Protokollbemerkung Ja oder Nein sagt. Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion ist neu, Nico van der Heiden hat es gesagt, die Baukommission hat sie nicht besprochen, darum reagieren die Fraktionen jetzt relativ spontan darauf. Die Sache ist nicht so einfach, wie die FDP-Fraktion sie sich vorstellt. Wie Nico van der Heiden bereits ausführte, kann man nicht einfach festlegen, dass ab einem bestimmten Datum dort wieder Autos parkieren dürfen und ab einem anderen Datum Motos, es braucht Ummarkierungen, auch die Parkuhren sind entsprechend umzurüsten oder umzuprogrammieren. Der Sprechende hält es insgesamt nicht für wünschenswert, mit einer solchen Protokollbemerkung einen riesigen Aufwand zu generieren, nur damit dort wieder ein paar Autos mehr parkieren können. Die Stadt will diese Fläche jetzt für die Motoparkierung sichern, für welche zu wenig Platz zur Verfügung steht. Es gibt doch auch viele Einheimische, die Parkplätze suchen; später in der Detailberatung wird der Grosse Stadtrat ja noch eine Protokollbemerkung bezüglich Jahresgebühren behandeln, die eingeführt werden sollen. Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion steht dazu im Widerspruch, die G/JG-Fraktion wird sie nicht unterstützen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion wurde in der Baukommission nicht beantragt, die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion wurde bereits in der Baukommission behandelt und mit 10 : 1 Stimmen abgelehnt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Zu den beiden Protokollbemerkungen gibt es keine stadträtliche Empfehlung, weil die eine in der Kommission noch nicht beantragt und die andere nicht überwiesen wurde. Der Sprechende will ein paar Ausführungen dazu machen, kann da-

bei aber die beiden Fragen von Nico van der Heiden nicht abschliessend beantworten. Seiner Einschätzung nach ist die Idee der FDP-Fraktion rechtlich kaum umsetzbar. Temporäre Markierungen, die länger als einen Monat gelten sollen, müssen auch bei grösseren Baustellen ausgeschrieben werden; es geht um eine Verkehrssignalisation, der Stadtrat muss einen Signalisationsbeschluss fassen. Die Ummarkierung, die Umrüstung der Parkuhren, allenfalls das Auswechseln von Tafeln sind sehr aufwendig. Je nach Art der Strasse muss die Stadt auch beim Kanton vorsprechen, so z. B. bei den Gemeindestrassen 1. Klasse. Die Stadt könnte dem Kanton einen entsprechenden Vorschlag machen, aber der Kanton würde entscheiden. Rechtlich wäre der Vorschlag der FDP-Fraktion also schwierig und kompliziert und daher nach Ansicht des Sprechenden fast nicht oder nur mit hohem Aufwand umsetzbar. Denkbar wäre vielleicht eine a priori temporäre Regelung, dass man von vornherein festlegt, dass die Parkplätze nur von dann bis dann für Motos zur Verfügung stehen und in der restlichen Zeit für Autos. Aber man müsste abklären, ob es so etwas rechtlich überhaupt gibt. Auch wäre der Zeitraum zu definieren, wann es für Motorradfahrende angeblich zu kalt ist, um Moto zu fahren. Soviel der Sprechende weiss, sind Motorradfahrende relativ wetterfest, aber im Winter sind sicher weniger mit dem Moto unterwegs.

Es ist richtig, über die beiden Protokollbemerkungen getrennt abzustimmen, denn es handelt sich um substantiell unterschiedliche Aspekte. Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion sieht eine Umwandlung von Autoparkplätzen vor, damit sie temporär als Motoparkplätze genutzt werden können; die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion lässt keine Umwandlung von Autoparkplätzen zu. Es ist wichtig, sich zwischendurch die Zahlen wieder zu vergegenwärtigen: In der Stadt Luzern gibt es 67'000 Parkplätze bei rund 84'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Von diesen Parkplätzen sind 15'100 öffentlich zugänglich als Strassenparkplätze und in Parkhäusern. 44 Prozent der Haushalte in der Stadt sind autofrei. Es gibt in der Stadt 37'000 immatrikulierte Autos. Diese Zahlen zeigen, dass genug Autoparkplätze vorhanden sind. Der Grosse Stadtrat wird das Thema im Rahmen der Mobilitätsstrategie oder durchaus auch im Rahmen der Klima- und Energiestrategie wieder angehen können.

Die Protokollbemerkung der FDP-Fraktion

Um eine minimale Flächeneffizienz sicherzustellen, sind die vorgesehenen 30–40 Autoparkplätze, welche in Motoparkplätze umgewandelt werden sollen, hybrid zu gestalten, das heisst, dass sie für die Sommermonate als Motoparkplätze und im Winter weiterhin als Autoparkplätze dienen.

wird mit 20 : 24 : 0 Stimmen abgelehnt.

Die Protokollbemerkung der SVP-Fraktion

Auf den Abbau von Autoparkplätzen wird verzichtet.

wird abgelehnt.

Silvio Bonzanigo liess den Mitgliedern des Grossen Stadtrates auch eine Protokollbemerkung zustellen. Der Grund dafür, dass sie in der Baukommission nicht behandelt werden konnte, liegt darin, dass der Sprechende keiner Fraktion angehört und nicht Mitglied der Baukommission ist. Mit seiner Protokollbemerkung beantragt er ein Dach für die Motorradfahrenden. Warum? Auch die

Velofahrenden können das nachvollziehen: Wer bei Regen Velo oder Motorrad fährt, hat zwar unter dem Regenschutz oder Regenkombi noch trockene Kleider, aber bis man dann Regenschutz oder Regenkombi ausgezogen und verstaut hat, sind auch die Kleider nass. Eine Überdachung wäre ein Benefit für das ganze Projekt. Im Zusammenhang mit der Veloparkierung beim Bahnhof wurde gesagt, es brauche einen Mehrwert, damit der Anreiz besteht, die Anlage auch zu nutzen. Auf der Basis des vorliegenden B+A gibt es bisher keinen Mehrwert für Leute, die mit dem Roller oder Moto unterwegs sind. Sie müssen zwar etwas zahlen, es steht ihnen mehr Parkfläche zur Verfügung, aber der Mehrwert eines zusätzlichen Schutzes, der beim Bahnhof ziemlich stark gewichtet wurde, ist nicht gegeben. Bei der Überdachung von Motoparkplätzen geht es baulich mehr oder weniger um das Gleiche wie bei Abstellanlagen für Velos, sie ist nicht besonders kostspielig. An anderen Orten, z. B. in Fribourg, gibt es unentgeltliche gedeckte Motoparkplätze. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, den Moto- und Rollerfahrenden diesen Schutz zuzubilligen, wie sie ihn sich selber als Velofahrende auch wünschen, wenn sie an einem Ort ankommen und sich im strömenden Regen umziehen müssen. Der Sprechende beantragt also die **Protokollbemerkung**, bei Kapitel 5.1 auf Seite 13 oben die Grundsätze für die Schaffung neuer Parkflächen für Motos wie folgt zu ergänzen:

Die Motoparkplätze werden mit einem Schutzdach versehen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Silvio Bonzanigo hat es bereits gesagt, diese Protokollbemerkung wurde in der Baukommission nicht behandelt.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula kann auch zu dieser Protokollbemerkung keine stadträtliche Stellungnahme abgeben; das könnte er nur, wenn sie in der Baukommission behandelt und überwiesen worden wäre. Zweiradparkplätze werden nicht grundsätzlich mit einer Überdachung ausgestattet, diesen Anspruch hat die Stadt nicht. Eine Überdachung wird unter Umständen angebracht, wenn es von der Situation her gut möglich und sinnvoll ist. Es gilt jedoch der Grundsatz, die Stadt nicht zu stark mit fixen Elementen zu möblieren. Das wird manchmal natürlich auch von den Velofahrenden kritisiert. Viele Veloparkplätze sind gedeckt und es wird auch eine Weiterentwicklung in diese Richtung geben.

Nicht zutreffend ist die Äusserung von Silvio Bonzanigo, diese Vorlage bringe für Motorradfahrende keinen Mehrwert. Es werden 300–400 zusätzliche Motoparkplätze geschaffen, das ist ein deutlicher Mehrwert für die Motorradfahrenden.

Die Protokollbemerkung von Silvio Bonzanigo

Die Motoparkplätze werden mit einem Schutzdach versehen.

wird abgelehnt.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission stellt mit 11 : 0 : 0 Stimmen folgenden **Antrag**:

Art. 10a des Reglements über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren (Parkgebührenreglement) soll um folgenden Satz ergänzt werden: «Der Stadtrat kann für Anwohnende eine jährliche Gebühr vorsehen.»

Der Stadtrat opponiert im StB 366 dem Antrag nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Somit ist der Antrag der Baukommission angenommen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat zudem zu diesem Kapitel mit 10 : 0 : 1 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Vor einer definitiven Einführung von Parkgebühren für Motos, im Nachgang zum Pilotversuch, ist aufzuzeigen, wie eine Dauerparkierung auf öffentlichem Grund für Bewohnerinnen und Bewohner ausgestaltet werden kann. Sinngemäss wie für Autofahrende, die nachweisen können, dass sie keinen Parkplatz auf privatem Grund benutzen können.

Der Stadtrat opponiert im StB 366 der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung**:

Elektromotos sind so schnell wie möglich von der Gebührenpflicht zu befreien.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 9 : 1 : 1 Stimmen überwiesen.

Der Stadtrat opponiert im StB 366 der Protokollbemerkung.

Patrick Zibung wollte namens der SVP-Fraktion einen Ablehnungsantrag stellen, aber das ist ja nicht nötig, da der Stadtrat der Protokollbemerkung opponiert.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula: Wenn es sich um ein Postulat handelte, nähme der Stadtrat es vielleicht teilweise entgegen. Aber das ist bei einer Protokollbemerkung nicht möglich. Die Protokollbemerkung verlangt, Elektromotos seien «so schnell wie möglich», sobald es

technisch möglich ist, von der Gebührenpflicht zu befreien. Der Stadtrat ist offen, das zu prüfen, aber er möchte jetzt keinen Vorentscheid fällen. Bereits beim Autoparkierungskonzept wurde darüber diskutiert, ob die Stadt die Antriebsart mittels der Parkierung fördern soll oder nicht; es gab Anträge, die Parkierung von Autos mit fossilem Antrieb teurer zu machen als diejenige von E-Autos. Es hat sich aber gezeigt, dass das technisch nicht möglich ist. Eine völlige Befreiung der E-Autos von der Parkgebühr erachtete der Grosse Stadtrat nicht für sinnvoll. Einen solchen Schritt müsste die Stadt sorgfältig prüfen. Die Flächeneffizienz der Motos wird bei den Parkgebühren berücksichtigt; bei einem Moto wird für die Benutzung des öffentlichen Raums, der allen gehört, ein Fünftel des Preises verlangt, den man für die Parkierung eines Autos zahlen muss. Bei einer Überweisung der Protokollbemerkung müsste man wahrscheinlich die Diskussion über tiefere Parkgebühren für E-Autos oder sogar ihre Gratisparkierung noch einmal aufnehmen; es wäre nicht ganz logisch, wenn man E-Motos und E-Autos diesbezüglich anders behandeln würde. Die Umwelteffizienz wird zum Teil über andere Kanäle gefördert. Eine wichtige Frage, die man in diesem Zusammenhang auch beantworten müsste, wäre, woher die Umsteigerinnen und Umsteiger kommen, die auf ein E-Moto umsteigen. Wenn die Förderung von E-Motos dazu führt, dass man von einem E-Velo auf ein E-Moto umsteigt, ist der Gewinn für die Umwelt klein. In der Stadt Luzern gab es eine Zeitlang ein Projekt, die Anschaffung von E-Scootern zu fördern. Dieses Projekt wurde vom Parlament abgebrochen, weil mindestens die Hälfte der Umsteigerinnen und Umsteiger vom Velo her kamen. Das kann nicht das Ziel von solchen Massnahmen sein. Der Stadtrat ist zwar der Ansicht, dass man eine Befreiung der E-Motos von der Parkgebührenpflicht prüfen kann, aber diesbezüglich keinen Vorentscheid fällen sollte, und deshalb opponiert er der Protokollbemerkung.

Die Abstimmung zur Protokollbemerkung

Elektromotos sind so schnell wie möglich von der Gebührenpflicht zu befreien.

ergibt das Stimmenverhältnis 20 : 20 : 4 Stimmen.

Im zweiten Durchgang wird die Protokollbemerkung mit 21 : 22 : 1 Stimmen abgelehnt.

Seite 21 Antrag

I.

Die SVP-Fraktion hat in der Eintretensdebatte einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gestellt.

Der Grosse Stadtrat nimmt vom Bericht «Motoparkierung» zustimmend Kenntnis.

II. Der Änderung des Reglements über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren inklusive Ergänzung durch die Baukommission stimmt der Grosse Stadtrat mit 42 : 2 : 0 Stimmen zu.

III. Das Postulat 60 wird als erledigt abgeschrieben.

IV. Das Postulat 10 wird als erledigt abgeschrieben.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 31. März 2021 betreffend

Motoparkierung

- **Pilotprojekt zur Erhebung von Gebühren für Motoparkplätze am Löwengraben,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 55i des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Der vorliegende Bericht «Motoparkierung» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- II. 1. Das Reglement über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren vom 12. November 2020 wird wie folgt geändert:

Reglement über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren (Parkgebührenreglement)

Art. 10a Parkgebühr für Motorräder

Im Rahmen von Pilotprojekten können in den Zonen gemäss Art. 3 gebührenpflichtige Parkfelder für Motorräder vorgesehen werden. Die Gebühr beträgt in der Zone 1 Fr. 0.60 pro Stunde, in der Zone 2 Fr. 0.40 pro Stunde und in der Zone 3 Fr. 0.20 pro Stunde. Die Gebührenpflicht gilt grundsätzlich von Montag bis Sonntag, 24 Stunden. **Der Stadtrat kann für Anwohnende eine jährliche Gebühr vorsehen.**

2. Diese Änderung tritt am 1. September 2021 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.
- III. Das Postulat 60, Max Bühler und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, Stefanie Wyss namens der G/JG-Fraktion sowie Laura Kopp und András Özvegyi vom 8. April 2013: «Kein Gratis-Parken für Motorräder und Motorroller mehr im Stadtzentrum – für eine nachhaltige städtische Mobilität», wird als erledigt abgeschrieben.

IV. Das Postulat 10, Andreas Felder namens der CVP-Fraktion vom 14. September 2020: «Keine Diskriminierung von Motorrädern», wird als erledigt abgeschrieben.

V. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum.

4 Bericht und Antrag 11/2021 vom 31. März 2021: Änderung der Bau- und Zonenordnung Littau Z 39 Lindenstrasse und Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse Mit Einsprachebehandlung

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 6. Mai 2021 den Bericht und Antrag 11/2021 «Änderung der Bau- und Zonenordnung Littau Z 39 Lindenstrasse und Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse» behandelt und einstimmig beschlossen. Die noch hängigen Einsprachen wurden abgewiesen.

Dass nach jahrelanger Planung der Bebauungsplan Lindenstrasse nun endlich vorliegt, wurde von allen Fraktionen begrüsst. Gleichzeitig nahmen die Fraktionen mit Bedauern zur Kenntnis, dass sich im Gebiet Fluhmühle offenbar noch längere Zeit keine Lösung abzeichnet. Hauptkritikpunkte am vorliegenden Bebauungsplan waren die Grösse und die Lage des neuen Quartierparks sowie die Parkierung. Eine Minderheit vermisste im B+A Aussagen zu den Themen Stadtklima, Verdrängung von Bewohnenden und Betrieben sowie zu den vorhandenen Strukturen im Quartier.

Der geplante Quartierpark wurde von einer Mehrheit der Fraktionen als zu klein bezeichnet und seine eingeschränkte Zugänglichkeit wurde kritisiert. Eine Protokollbemerkung, die eine zukünftig bessere Erreichbarkeit fordert, wurde denn auch mit grosser Mehrheit beschlossen. Dass unter den gegebenen Umständen kaum eine bessere Lösung möglich ist, wurde jedoch anerkannt.

Eine knappe Mehrheit der Kommission lehnt das Konzept, die bestehenden öffentlichen Oberflächenparkplätze in eine zukünftige private Sammelgarage zu verschieben, ab. Vielmehr sollen die öffentlichen Parkplätze in Zukunft aufgehoben werden und die Grundeigentümer die notwendigen Parkplätze auf privatem Grund erstellen.

Die Baukommission hat einstimmig beschlossen, die noch hängigen Einsprachen abzuweisen und die übrigen Einsprachen als erledigt zu erklären, den Bebauungsplan B1 Fluhmühle von 1960 aufzuheben und die Änderung des Zonenplans Stadtteil Littau Z 39 Lindenstrasse, die Änderung des Bau- und Zonenreglements Littau sowie den Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse mit den dazugehörigen Vorschriften zu erlassen.

Mario Stübi: Der Lindenstrasse und der Fluhmühle fehlt es an Freiraum und Grünflächen. Das ist eines der Probleme, die mit diesem B+A angegangen werden. Die vorliegende Lösung ist aus Sicht der SP-Fraktion aber nicht befriedigend. Ein kleines Pärkchen am Hang muss offenbar genügen. Warum am Hang? Weil sich dort so ziemlich die einzige Fläche befindet, die noch der öffentli-

chen Hand gehört. Von privater Seite sah sich niemand in der Pflicht, zur Verbesserung der Situation für alle beizutragen. Es wird sich zeigen, ob dieser Park auch von gehbehinderten Menschen als Freiraum akzeptiert werden kann. Aufgrund der Historie in diesem Gebiet mit mühsamen Verhandlungen, wechselnden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, Strategieänderungen usw. nimmt die SP-Fraktion aber zur Kenntnis, dass die Stadt das mögliche Maximum herausgeholt hat.

Dem Bebauungsplan Lindenstrasse kann die SP-Fraktion zustimmen. Die relevanten Aspekte zugunsten eines durchmischteren Quartiers werden berücksichtigt. Eine Aufwertung – das Wort sagt es bereits – kann dazu führen, dass die Mieten teurer werden. Das hängt aber nicht per se mit dem Bebauungsplan zusammen, sondern vor allem mit mietrechtlichen Aspekten. Mit den Baulinien und der Verkehrsführung ist die SP-Fraktion einverstanden.

Mit der Idee des Stadtrates, öffentliche Parkplätze, die sich jetzt an der Oberfläche befinden, in neuen, privaten Einstellhallen zu versorgen, kann die SP-Fraktion hingegen nichts anfangen. Statt diese Parkplätze im wahrsten Sinn des Wortes in Beton zu giessen, sollte man sie entweder aufheben oder einfach noch eine Zeitlang bestehen lassen.

Die SP-Fraktion tritt auf den B+A ein, stimmt dem Antrag zu und unterstützt sämtliche Protokollbemerkungen der Baukommission.

Mirjam Landwehr: Die G/JG-Fraktion hat sich mit diesem B+A ein bisschen schwergetan. Im Grundsatz begrüsst sie die Bestrebungen, an der Lindenstrasse die Rahmenbedingungen zu schaffen, um auf diesem Areal Entwicklungen zuzulassen. Die Sprechende hebt positiv hervor, dass zur Entwicklung der Idee für das Gebiet ein partizipativer Ansatz gewählt wurde. Bei der Lindenstrasse handelt es sich um ein heute schon sehr dicht bebautes und mindestens ebenso dicht bewohntes Gebiet. Es ist das Daheim sehr vieler Menschen, die froh sind, dass sie sich dort auf städtischem Boden nahe am Zentrum auch mit kleinem Budget eine Wohnung leisten können. Im B+A wird als Ziel des Stadtrates aufgezeigt, den Ort aufzuwerten, zu erneuern und eine hohe Durchmischung zu erreichen. Letzteres ist auch im Raumentwicklungskonzept der Stadt Luzern so vorgesehen. Durchmischung tönt gut und total erstrebenswert. Aber an einem solchen Ort, der schon heute dicht bewohnt ist und wo auch viele Leute in ganz unterschiedlichen Bereichen arbeiten, wäre es eigentlich wichtiger, dass die Menschen, die dort leben und arbeiten, auch künftig noch Platz haben und ihn bezahlen können. Im B+A vermisst die G/JG-Fraktion Ausführungen zu diesem Thema. Es ist fast so, als wäre der Baudirektion die Brisanz der Erneuerung an genau einem solchen Ort nicht ganz bewusst. Die G/JG-Fraktion hofft, dass dieses Thema bei künftigen Berichten und Anträgen mehr Aufmerksamkeit erhält.

Ein zweiter Wermutstropfen für die G/JG-Fraktion ist der Park, der mittlerweile im Vergleich zur ursprünglichen Idee nur noch ein kleines Pärkchen ist. Mit diesem ist die G/JG-Fraktion gar nicht zufrieden. Er ist klein und liegt komplett im Hang, was die Nutzung insbesondere für Menschen mit Bewegungseinschränkungen oder nur schon mit Kinderwagen massiv verschlechtert. Auch der Zugang zu diesem Park ist alles andere als niederschwellig. Die G/JG-Fraktion ist so unglücklich damit, dass sie den B+A gern zurückgewiesen hätte. Aber ob dann eine bessere Lösung gefunden werden könnte, ist fraglich, und zudem würde dadurch die Erstellung des Parks als Ersatzmassnahme für den einzigen bestehenden öffentlichen Freiraum in diesem Gebiet massiv verzögert. Darum hat sich die Fraktion trotz grossem Unbehagen dazu entschieden, auf den B+A einzutreten

und ihm zuzustimmen. Um den Zugang zum Park so gut und inklusiv wie möglich zu machen, hat sie in der Baukommission eine entsprechende Protokollbemerkung beantragt, die von der Kommission gutgeheissen wurde und heute hoffentlich durch den Grossen Stadtrat überwiesen wird.

Das dritte Thema, das die G/JG-Fraktion beschäftigt, ist der Strassenraum und der Verkehr. Das Betriebs- und Gestaltungskonzept der Lindenstrasse wirkt längst überholt. Die mittlerweile so wichtigen Aspekte der Biodiversität und des Stadtklimas tauchen in der Konzeptbewertung nicht einmal auf. Und auch der Plan und die Visualisierung verheissen nichts Gutes. Der Stadtrat opponiert der Protokollbemerkung, welche die Optimierung des Strassenprojekts fordert, mit dem Hinweis, dass das Projekt in Bezug auf diese Punkte schon optimiert worden sei. Die G/JG-Fraktion möchte wissen, ob in diesem Fall die Visualisierung und der Plan im B+A nicht auf dem neusten Stand sind, denn dort sieht sie ganz klar noch Luft nach oben. Sie findet übrigens auch, dass grüne Elemente auf Augenhöhe zusätzlich zu den Bäumen nicht zu viel verlangt wären. Genau diese sind nämlich auch sehr wichtig für den Charakter und die Aufenthaltsqualität der Strasse. Sofern der Stadtrat die Fraktion nicht vom Gegenteil überzeugen kann, wird sie darum auch weiterhin die entsprechende Protokollbemerkung der Baukommission unterstützen.

Die Sammelparkierungsanlagen betrachtet die G/JG-Fraktion im Grundsatz als gute Möglichkeit, um die Parkplätze, die es braucht – es sollen natürlich so wenige wie möglich sein –, von der Oberfläche wegzubekommen. So können in diesem dicht bebauten Gebiet hochwertigere Aussenräume geschaffen werden, die auch für den Aufenthalt und als Begegnungsraum attraktiv sind. Allerdings ist die Hoffnung auf solche Sammelparkierungsanlagen wohl wirklich bloss eine Hoffnung und die Umsetzung eine ziemliche Glückssache. Aber die Fraktion lässt sich gern eines Besseren belehren.

Trotz der verschiedenen Vorbehalte tritt die G/JG-Fraktion wie gesagt auf den B+A ein, sie wird die Protokollbemerkungen der Baukommission unterstützen und den Beschlussanträgen des Stadtrates zustimmen.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion dankt der Baudirektion und der Verwaltung für den vorliegenden Bericht und Antrag. Darin wird die lange Leidensgeschichte zu Papier gebracht, die für die GLP-Fraktion den relativ schwerwiegenden Wermutstropfen enthält, dass nicht das ganze Gebiet in den Bebauungsplan hineingenommen werden konnte, sondern etappiert werden muss, analog zum Bebauungsplan Reussbühl, den der Grosse Stadtrat vor nicht allzu langer Zeit behandelt hat. Grosso modo ist die GLP-Fraktion sehr mit dem einverstanden, was im Gebiet Lindenstrasse geplant ist. Dieses Gebiet ist ein schwieriges Konstrukt zwischen Eisenbahn, Strasse und noch einmal Eisenbahn; es hat die Form eines Zitronenschnittes und sollte äusserst vielen Ansprüchen genügen können. Die Lärmsituation wurde im B+A aufgenommen. In diesem engen Perimeter muss man das, was man machen kann, gut machen, weil effektiv keine grossen Ausweichmöglichkeiten bestehen. Am Reussufer ist wegen der Strasse und der Bahn nicht viel an Aufenthaltsqualität möglich. Der Wald ist nahe, aber auch abgetrennt, und der Park ist wohl das Beste, was die Stadt überhaupt herausholen konnte, nach dem Grundsatz: «Rettet, was zu retten ist!» Befriedigend ist er jedoch nicht.

Nach Ansicht der GLP-Fraktion ist die soziale Durchmischung in diesem Gebiet gut, darüber hat der Grosse Stadtrat schon diverse Diskussionen geführt. Es ist ein spannendes Gebiet; der Bebau-

ungsplan will die soziale Durchmischung nicht zerstören, sondern dem Erbe, das dort entstand, gerecht werden. Neben den Lärmimmissionen ist die Schattenthematik ein weiterer negativer Punkt, das Gebiet Lindenstrasse ist kein Platz an der Sonne, wo jeder wohnen möchte. Die GLP-Fraktion kann nachvollziehen, dass man eine soziale Durchmischung will, es wäre aber illusorisch, die Leute, die jetzt dort wohnen, dort behalten zu wollen. Es wird zu einer Gentrifizierung kommen. Schon heute ist die Fluktuationsrate in diesem Quartier analog zur Baselstrasse extrem hoch, man darf sich nicht allzu stark einer Sozialromantik hingeben. Trotzdem hat die Stadt sich – das weiss man auch von der Sozial- und Sicherheitsdirektion her – sehr um die Leute in diesem Quartier bemüht, die zum grossen Teil nicht Deutsch als Muttersprache haben. Da muss man einen Fokus setzen und sich Mühe geben, denn es lohnt sich.

Die GLP-Fraktion ist froh, dass es jetzt wenigstens diesen Bebauungsplan zum ersten Schnitz gibt. Eine Sammelparkierungsanlage ist eine sinnvolle Geschichte; die GLP-Fraktion wird die Protokollbemerkung, dass die Parkierung in der öffentlichen Hand bleiben muss, nicht unterstützen, alle anderen Protokollbemerkungen unterstützt sie. Sie tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

Peter Gmür: Die CVP-Fraktion begrüsst wie alle anderen Fraktionen, dass es beim Gebiet Lindenstrasse vorwärtsgeht. Natürlich ist es unschön, dass wieder nur eine Teillösung möglich ist und der andere Teil, Fluhmühle, in einer zweiten Phase entwickelt werden muss. Die CVP-Fraktion kann das aber nachvollziehen. Unschön ist auch die Geschichte mit dem Pärkchen, wobei schon die Bezeichnung «Pärkchen» wahrscheinlich übertrieben ist, es ist eher ein Klettersteig. Für die CVP-Fraktion ist nicht nachvollziehbar, dass für Leute, die Probleme mit dem Laufen haben, oder auch für Leute mit einem Kinderwagen nur der untere Teil begehbar gemacht werden kann. Die Erklärung der Stadt, dass es ein Park für ältere Kinder sei, macht es nicht viel besser. Die Fraktion hätte sich für den Park mehr erhofft, aber eine bessere Lösung war offenbar nicht möglich. Hoffentlich wird es mit dem zweiten Teil besser. Einverstanden ist die CVP-Fraktion mit der Parkierungssituation, es ist eine gute Idee, die Autos im Untergrund in einer privaten Einstellhalle zu platzieren. Das hat aber logischerweise zur Folge, dass die Mieten steigen könnten; das wäre in jedem Quartier so, wenn Verkehr und Lärm abnehmen. Trotzdem werden sie ja nicht so sündig hoch wie z. B. im Himmelrich, in der Überbauung der ABL. Im Gebiet der Lindenstrasse etwas gegen einen Anstieg der Mieten machen zu wollen ist schwierig bis fast unmöglich. Die CVP-Fraktion ist zuversichtlich, dass das Quartier, das für gewisse Leute schon ganz gut ist, noch besser wird. Sie stimmt dem B+A zu. Die Protokollbemerkung der SP-Fraktion bezüglich Parkierungsanlage lehnt die CVP-Fraktion ab.

Patrick Zibung: Auch die SVP-Fraktion dankt für den Bericht und Antrag. Sie ist sich einig, dass es in diesem Gebiet eine Aufwertung braucht; es ist aktuell nicht besonders schön, dort zu wohnen. Ausnahmsweise unterstützt die Fraktion auch einmal die dort angedachte Begegnungszone und ist daher mit der Aufhebung von gewissen Oberflächenparkplätzen einverstanden, sofern es einen entsprechenden Ersatz in der Nähe gibt. Aufwertungen sind in diesem Gebiet mehr als angebracht, entsprechend unterstützt die SVP-Fraktion die Protokollbemerkung bezüglich Stadtklima. Die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft scheinen der SVP-Fraktion aber, wie sie ja in den letzten Jahren immer wieder angemerkt hat, kein sinnvoller Standard zu sein; aus Sicht der Fraktion sind bezüglich Strom- oder Energieverbrauch grundsätzlich keine Vorgaben nötig, solange die

Energie aus nachhaltiger Quelle stammt. Bedenken hat auch die SVP-Fraktion bezüglich der Gentrifizierung. Es ist wichtig, dass die ansässige Bevölkerung nicht vertrieben wird und auch die Betriebe, die dort sind, bleiben können. Allerdings weiss auch die SVP-Fraktion kein Heilmittel dagegen, dass einige der Leute, die jetzt dort wohnen oder arbeiten, und einige der Betriebe werden wegziehen müssen. Die SVP-Fraktion bittet den Stadtrat, das im Auge zu behalten, damit nicht etwas Ähnliches wie beim Himmelrich passiert.

Die SVP-Fraktion findet es grundsätzlich richtig, dass es einen Park gibt. Natürlich war die ursprüngliche Idee sympathischer, aber die Kosten von rund 5 Mio. Franken, die damit verbunden gewesen wären, sind unverhältnismässig und die Umsetzung wäre wahrscheinlich nur mit Enteignungen möglich gewesen. Der jetzt vorgesehene Ersatz ist nicht gerade das, was man sich gewünscht hätte, aber er ist die bestmögliche Variante, die sich in diesem dicht bebauten Gebiet realisieren lässt. Zudem ist es ja nicht so, dass die Einwohnerschaft der Stadt Luzern zu 90 Prozent aus gehbehinderten Leuten besteht. Wenn immerhin die Kinder diesen Park geniessen können, ist das sicher schon mal nicht allzu schlecht.

Die ersten zwei Protokollbemerkungen wird die SVP-Fraktion unterstützen, die dritte wird sie ablehnen. Die Einsprachen wird sie als erledigt erklären. Grundsätzlich ist sie mit dem Bebauungsplan und dementsprechend mit dem B+A einverstanden. Das hing für sie vor allem davon ab, ob es Enteignungen gegeben hätte. Da es keine Enteignungen gibt, tritt die SVP-Fraktion auf den B+A ein und kann ihm zustimmen.

Damian Hunkeler: Die Entstehungsgeschichte und der Leidensweg, bis dieser B+A vorgelegt werden konnte, sind bekannt. Es ist gut, dass es jetzt vorwärtsgeht und man das Gebiet Lindenstrasse entwickeln kann.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Sammelparkierungsanlage, sie ist überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Es ist notwendig, dass die Parkplätze für das dort ansässige Gewerbe bestehen bleiben, einer Aufhebung dieser Parkplätze würde die FDP-Fraktion nicht zustimmen. Demzufolge wird die Fraktion nicht alle Protokollbemerkungen unterstützen.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und wird ihm zustimmen.

Baudirektorin Manuela Jost dankt für die Eintretensvoten. Der Bebauungsplan Lindenstrasse hat eine lange Geschichte, sie ist ein bisschen derjenigen des Bebauungsplans Reussbühl vergleichbar. Das Gebiet weist eine hohe Komplexität auf. Selbstverständlich hätte die Stadt es begrüsst, wenn sie einen Bebauungsplan hätte erarbeiten können. Ein gewisser Vorteil besteht darin, dass man im Unterschied zu Reussbühl aufgrund der funktionalen Unabhängigkeit der beiden Teilbereiche zwei Bebauungspläne machen kann; in Bezug auf den einfacheren Bereich, das Gebiet Lindenstrasse, kann die Stadt jetzt einen Schritt weitergehen.

Mit dem Bebauungsplan, dem Zonenplan und dem Reglement werden Grundlagen geschaffen, welche nicht gleich morgen Entwicklungen auslösen, sondern zum Teil erst weiter weg in der Zukunft. Das gilt auch in Bezug auf die mehrfach angesprochene Verdrängung: Selbstverständlich wird die Stadt ein Auge darauf haben, dass es nicht zu einer Gentrifizierung kommt, aber eine solche lässt sich von staatlicher Seite auch nicht vollständig verhindern, wenn Veränderungen und Erneuerungen stattfinden. An der schattigen Lage des Gebietes an dieser Verkehrsachse lässt sich nichts ändern, deshalb ist auch nicht davon auszugehen, dass es zu einer massiven Verdrängung

käme. Mit dem Bebauungsplan beabsichtigt die Stadt jedoch verschiedene Wirkungen: einerseits eine Nutzungsdurchmischung, indem verschiedene Nutzungen festgelegt werden und in Zukunft insbesondere publikumsorientierte Erdgeschossnutzungen möglich sind. Natürlich kann die Stadt nicht verordnen, was für Nutzungen dann dort entstehen, aber gerade auch mit der Vorschrift, dass das Erdgeschoss eine Höhe von 4 m aufweisen muss, wird eine grössere Varianz ermöglicht. Andererseits ist die soziale Durchmischung ein Ziel der Stadt, aber auch diesbezüglich hat sie nur beschränkte Möglichkeiten. Wichtig ist, dass mit den Vorgaben des Bebauungsplans die Grundlage zu einer Nutzungsdurchmischung geschaffen wird, damit es auch zu einer sozialen Durchmischung kommen kann. In Bezug auf die Aufwertung des Aussenraums ist Verschiedenes geplant. Für den Stadtrat war es keine Option, keinen Park vorzusehen. Was jetzt vorliegt, scheint ihm die unter den gegebenen Umständen bestmögliche Lösung zu sein. Sie ist nicht in jeder Hinsicht optimal, aber doch ein gutes Angebot für das Quartier, das diesbezüglich unterversorgt ist.

Die Visualisierungen im B+A kommen eher nüchtern daher, diese Kritik kann die Sprechende entgegennehmen; was in Bezug auf Stadtklima und Stadtökologie geschieht, kommt dabei zu wenig zum Ausdruck. Es ist dem Stadtrat wichtig, von den Flächen so viel wie möglich zu entsiegeln. Es gibt aber Gründe, dass man auf eine Entsigelung verzichten muss, z. B. verkehrliche Aspekte oder Aspekte der Verkehrssicherheit, aber auch, um Menschen mit einer Gehbehinderung das Gehen möglichst zu erleichtern. Eine Bepflanzung soll überall, wo sie möglich und sinnvoll ist, vorgenommen werden, und es soll entsprechende Gestaltungselemente geben. Weil der Stadtrat diese Aspekte schon geprüft hat, lehnt er die entsprechende Protokollbemerkung aus der Baukommission ab.

Die Begegnungszone wurde von den Fraktionen positiv gewürdigt, sie stellt einen grossen Mehrwert dar, gerade auch für den sozialen Austausch. Die Realisierung des Lindenplatzes, wenn man es schafft, diese Fläche freizubekommen, wäre eine Bereicherung des Aussenraums. Eine Sammelparkierungsanlage betrachtet der Stadtrat als guten, gangbaren Weg, möglichst viele private, aber auch öffentliche Parkplätze von der Oberfläche wegzubringen. Dazu braucht es selbstverständlich in erster Linie den Willen und die Initiative der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer. Die Stadt würde bei der Konzeptualisierung Unterstützung bieten.

Zu den Einsprachen ist nicht viel zu bemerken, diesbezüglich ist die Stadt auf gutem Weg, Lösungen zu finden. Der Stadtrat dankt dem Grossen Stadtrat, wenn der alte Bebauungsplan aufgehoben und der neue inklusive Reglement erlassen werden kann und die Einsprachen entsprechend abgewiesen werden.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 11/2021: «Änderung der Bau- und Zonenordnung Littau Z 39 Lindenstrasse und Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse. Mit Einsprachebehandlung» eingetreten.

DETAIL

Seite 10 f. 2.2 Quartierpark Fluhmühle

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission beantragt folgende **Protokollbemerkung:**

Die Unterführung zum künftigen Park muss im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Lindenstrasse so gestaltet werden, dass der neue Quartierpark problem- und gefahrlos auch mit Rollstuhl oder Kinderwagen erreicht werden kann.

Diese Protokollbemerkung wurde mit 10 : 0 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen.

Der Stadtrat opponiert im StB 413 der Protokollbemerkung nicht.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

Die Protokollbemerkung ist somit überwiesen.

Seite 11 f. 2.3 Umgestaltung Lindenstrasse

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 11 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Die Gestaltung der Lindenstrasse ist gegenüber dem Betriebs- und Gestaltungskonzept aus dem Jahr 2015 mit Fokus Ökologie und Stadtklima zu optimieren.

Der Stadtrat opponiert im StB 413 der Protokollbemerkung.

Mirjam Landwehr dankt Baudirektorin Manuela Jost für die Ausführungen zur Strassenraumgestaltung, sie ist jedoch noch nicht ganz überzeugt, denn Visualisierungen basieren ja auf gewissen Grundlagen. Auf der Visualisierung im B+A gibt es einzig und allein ein paar wenige Bäume, auf Augenniveau oder darunter ist kein Grün zu sehen, auf dem Boden ist nichts ausser Asphalt. Die Entsiegelung ist das eine Anliegen, Biodiversität das andere; nur weil man jetzt plant, ein paar Flächen weniger zu asphaltieren, bedeutet das noch nicht, dass Biodiversität umgesetzt wird. Deshalb möchte die G/JG-Fraktion die Protokollbemerkung weiterhin überweisen.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Die Gestaltung der Lindenstrasse ist gegenüber dem Betriebs- und Gestaltungskonzept aus dem Jahr 2015 mit Fokus Ökologie und Stadtklima zu optimieren.

Baukommissionspräsident Rieska Dommann: Die Baukommission hat mit 6 : 5 : 0 Stimmen folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Die Bewirtschaftung bestehender öffentlicher Parkplätze verbleibt in der Verantwortung der öffentlichen Hand.

Der Stadtrat opponiert im StB 413 der Protokollbemerkung nicht.

Patrick Zibung: Die SVP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Sie betrachtet das, was im B+A vorgesehen ist, als eine gute Lösung und einen guten Kompromiss.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag. Eine Sammelparkierungsanlage macht in diesem Quartier, das extrem belastet ist, Sinn, nicht nur von den öffentlichen Parkplätzen her, welche die Stadt ja sowieso von der Oberfläche verschwinden lassen möchte, sondern auch im Hinblick auf die Parkplätze im Innenraum des Quartiers. Wenn es eine Sammelparkierungsanlage gibt, könnte man den Freiraum erweitern und das Quartier hätte mehr Erholungsraum, wo auch Bepflanzungen möglich wären. Insofern ist eine zentrale Parkierungsanlage von Vorteil. Für die GLP-Fraktion ist das Anliegen der Protokollbemerkung zwar verständlich, aber in Anbetracht dessen, dass das Gebiet erheblich belastet ist – im Quartier selber zwar nicht so stark vom Durchgangsverkehr, aber von Zulieferung und Abtransport, die beibehalten werden sollen –, wäre es ein Gewinn im Hinblick auf die Aufenthaltsqualität und damit im Hinblick auf die soziale Durchmischung, so viele Parkplätze wie möglich von der Oberfläche verschwinden zu lassen. Deswegen lehnt die GLP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Mario Stübi bemerkt zu Stefan Sägesser, dass die einfachste Art und Weise, Parkplätze zugunsten von Biodiversität und Oberflächengestaltung wegzubekommen, darin besteht, sie aufzuheben. Aus den Augen bedeutet nicht auch aus dem Sinn: Wenn man Parkplätze in eine Sammelparkierungsanlage verlegt, notabene in eine private, sind sie nachher in Beton gegossen, sie sind immer noch da. Der SP-Fraktion scheint es besser, die öffentlichen Oberflächenparkplätze noch eine Weile so bestehen zu lassen und die Entwicklung der Verkehrsbelastung an der Lindenstrasse zu beobachten. Wenn man dann sieht, dass es gar nicht mehr so viele Parkplätze braucht, dass sie teilweise leer sind, kann man sie aufheben, wahrscheinlich sogar ohne Groll, weil die Bewirtschaftung nicht die Umsätze bringt, die man beabsichtigt hat. Wenn sie aber einmal betoniert sind, ist es nicht mehr so leicht möglich, sie aufzuheben. Wenn der Private merkt, dass sich die Automobilität anders entwickelt, wird er es bereuen, diese Parkfelder in seine Planung hineingenommen zu haben. Die SP-Fraktion stört auch, dass die Bewirtschaftung nicht bei der öffentlichen Hand bleibt, sondern ein Privater damit für sich Einnahmen generieren kann. Solange es diese öffentlichen Parkplätze noch gibt, sollen wenigstens die Gelder dafür an die Stadt gehen. Das ist die Begründung, weshalb die SP-Fraktion die Protokollbemerkung beantragt hat.

Peter Gmür: Die CVP-Fraktion wird die Protokollbemerkung ablehnen. Man will ja die Autos von der Strasse wegbringen, um eine tolle Begegnungszone zu schaffen. Der Sprechende versteht nicht, weshalb die SP-Fraktion die Autos lieber weiterhin auf der Strasse hat, er kann diese Haltung nicht nachvollziehen. Mit einer unterirdischen Sammelparkierungsanlage ist das Problem selbstverständlich nicht gelöst, aber sie ist um einiges besser als Autos auf oberirdischen Parkplätzen.

Stefan Sägesser verweist auf die Frankenstrasse: Nur schon an dieser Strasse hat die Stadt mit der Aufhebung von Parkplätzen und der neuen Parkplatzgestaltung, der Längsrichtung statt der Schrägstellung der Parkplätze, mehr Geld verloren, als sie im Gebiet Lindenstrasse verlieren wird. Es ist ja nicht das Anliegen der Stadt, mit Parkplätzen Geld zu verdienen, ihr Anliegen gerade im Gebiet der Lindenstrasse, in einem Quartier, das nicht einmal einen richtigen Park hat, das von Verkehrsadern zugemüllt wird, ist es, eine gewisse Beruhigung hineinzubringen. Alles, was sie in diese Richtung erreichen kann, ist von Vorteil. Der Grosse Stadtrat hat vorhin von sozialer Durchmischung gesprochen, es gibt dort sogenannte Ausgehlokale – der Sprechende bezieht sich jetzt nicht auf das horizontale Gewerbe –, und es werden nicht viele Leute mit dem Velo zu diesen Restaurants kommen, sondern sie kommen mit dem Auto. Man wird daher die Parkplätze dort nicht ganz wegbringen können. Deshalb betrachtet die GLP-Fraktion den Vorschlag gemäss B+A als sinnvoll, die Parkplätze möglichst in einer Sammelparkierungsanlage unterzubringen. Ob diese nun privat ist oder nicht, spielt keine Rolle. Zudem hat die Stadt ja die Möglichkeit, Auflagen zu machen, wie viele Parkplätze eine solche private unterirdische Sammelparkierungsanlage dann tatsächlich haben darf. Für die GLP-Fraktion ist klar, dass möglichst viele Parkplätze von der Oberfläche verschwinden müssen, wenn man das Gebiet aufwerten will, sonst macht die ganze Aufwertung der Lindenstrasse keinen Sinn.

Mirjam Landwehr: Stefan Sägesser hat soeben gesagt, es spiele keine Rolle, ob diese Sammelparkierungsanlagen öffentlich oder privat seien. Die Sprechende ist da anderer Meinung: In diesem Fall spielt es eben eine Rolle. Es ist vorgesehen, dass die Sammelparkierungsanlagen von Privaten erstellt werden. Sie entstehen also, sobald grössere Bauprojekte realisiert werden. Bei grösseren Bauprojekten muss die Bauherrschaft selber auf den betreffenden Parzellen für ihre Besucherparkplätze sorgen. Es geht also nicht darum, dass man dieses Gebiet nicht mehr mit Autos erreichen könnte, sondern es geht ganz konkret nur um die öffentlichen Parkplätze. Diesbezüglich unterstützt die G/JG-Fraktion die Haltung der SP-Fraktion, dass es keinen Sinn macht, die öffentlichen Parkplätze unterirdisch in Beton zu giessen, sondern das Ziel muss sein, dass die Besucherparkplätze von den Nutzungen, die in diesem Areal stattfinden, und somit eben von den jeweiligen Grundeigentümern getragen werden. Diese Besucherparkplätze sollen selbstverständlich möglichst unterirdisch in Sammelparkierungsanlagen sein.

Damian Hunkeler: Eine Aufhebung von Parkplätzen ist für die FDP-Fraktion keine Option, gerade in diesem Gebiet mit seinem Kleingewerbe und seinen Restaurants nicht. Dass jede Grundeigentümerschaft einzeln auf ihrem Grundstück eine kleine unterirdische Parkierungsanlage realisiert, ist von den Kosten her nicht möglich, zumal der Wohnraum günstig bleiben soll. Zu Mario Stübi bemerkt der Sprechende, dass es ihm persönlich lieber ist, wenn das Risiko, dass die unterirdischen,

betonierten Parkplätze einmal nicht genutzt werden, bei den Privaten liegt und nicht bei der Stadt, und der Ausfall dieser Erträge nicht die Stadt betrifft. Also ist es besser, wenn die Parkplatzfrage privat gelöst wird. Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab.

Mario Stübi sieht es durchaus auch so, dass das Risiko dann bei den Privaten liegt. Er will noch mit zwei Beispielen illustrieren, wieso diese Idee nicht die beste ist. In der Überbauung Himmerrich 3 der ABL gibt es nicht nur ein unterirdisches Parkdeck, sondern zwei. Das zweite wurde damals auf Anregung der Stadt gebaut, damit dort unterirdische öffentliche Parkplätze angeboten werden können. Diese unterirdischen öffentlichen Parkplätze stehen praktisch leer, inzwischen werden sie sogar auf dem freien Markt angeboten, damit Private sie mieten. Also eine recht erfolglose Geschichte. Den gleichen Fehler macht die Stadt im Übrigen schon bald wieder, und zwar am Bundesplatz: Auch im Bauprojekt Luegisland wird es auf Anregung der Stadt ein zweites Parkdeck geben, um Parkplätze kompensieren zu können, die bei der Oberflächenumgestaltung im Hirschmattquartier wegfielen. Der Sprechende nimmt an, dass Autofahrerinnen und Autofahrer, wenn sie die Wahl zwischen einem Oberflächenparkplatz und einem Parkplatz in einem Parkhaus nebenan haben, den Parkplatz an der Oberfläche bevorzugen. Parkhäuser haben einfach das Image, dass sie zu teuer sind. Darum sind sie ja meistens leer und die Oberflächenparkplätze voll. Die SP-Fraktion beantragt die Protokollbemerkung, um zu zeigen, dass es solche Sammelparkierungsanlagen für öffentliche Parkplätze nicht braucht. Für die Privaten wären sie ein schlechtes Geschäft, vor welchem die SP-Fraktion diese gern bewahren möchte.

Patrick Zibung denkt, dass man doch stutzig werden sollte, wenn sich Mario Stübi für die armen Immobilienbesitzer und Investoren einsetzt. Die Taktik hinter der Protokollbemerkung ist leicht zu durchschauen: Zuerst verhindert man bei den Bauprojekten die Erstellung von Sammelparkierungsanlagen, und ein paar Jahre später, wenn alles gebaut ist, will man die verbliebenen Oberflächenparkplätze auch noch abbauen. Von mehreren Fraktionen war in den Eintretensvoten zu hören, dass die ansässige Bevölkerung in diesem Quartier nicht vertrieben werden soll. Der Sprechende sieht dort jeweils relativ viele Autos stehen, viele gehören wahrscheinlich den Bewohnenden selber, aber eben auch den Gewerbetreibenden oder den Besucherinnen und Besuchern von Restaurationsbetrieben usw. Darum ist die Erstellung einer Sammelparkierungsanlage sicher etwas Gutes und sollte nicht mit solchen Protokollbemerkungen bekämpft werden.

Umwelt- und Mobilitätsdirektor Adrian Borgula äusserst sich hier anstelle von Baudirektorin Manuela Jost, denn die Parkierung ist ein Thema im Bereich der Mobilität, und dieser Aspekt wird bei den Bauprojekten auch immer geprüft. Es wurde jetzt sehr viel in Art. 18a Abs. 3 hineininterpretiert. Eigentlich heisst es dort nur, dass die Möglichkeit besteht, öffentliche Parkplätze in eine Sammelparkierungsanlage zu verlegen, wenn man eine entsprechende Anzahl an der Oberfläche abbaut. Die Stadt Basel hat dieses System quasi institutionalisiert, dort werden in den Quartieren, in welchen eine Sammelparkierungsanlage entsteht, gegengleich an der Oberfläche Parkplätze abgebaut. Dieses System soll zur Entlastung des öffentlichen Raums führen. Die Stadt Luzern hat kein solches System. Auch beim Projekt Luegisland am Bundesplatz, auf welches Mario Stübi hinwies, hat die Stadt noch nicht entschieden, ob es dort öffentlich zugängliche Parkplätze geben soll und

wie sie bewirtschaftet würden. Wenn sie öffentlich zugänglich wären und die Stadt dafür einkassieren wollte, müsste sie wahrscheinlich ihre Erstellung finanzieren. Ob die Stadt das will, muss im Einzelfall entschieden werden. Es kann durchaus sein und entspricht auch dem Verkehrsreglement der Stadt, dass im dicht bebauten städtischen Raum die Erstellung von Parkplätzen in Sammelparkierungsanlagen den Parkplätzen an der Oberfläche vorzuziehen ist. Die vorliegende Protokollbemerkung verlangt nur, dass die Bewirtschaftung bestehender öffentlicher Parkplätze in der Verantwortung der öffentlichen Hand bleibt. Die Stadt wird jedes Projekt im Perimeter des Bebauungsplans Lindenstrasse prüfen. Bei privaten Bauprojekten kommt neu die Zone 3 zur Geltung. Je nachdem, was die Abstimmung am nächsten Sonntag ergibt, werden es bei einem Neubauprojekt sowieso schon einmal weniger Parkplätze sein. Die Stadt wird von Fall zu Fall entscheiden, ob Oberflächenparkplätze abgebaut werden, wie die Gegenrechnung aussieht und wie das in der Verkehrsbilanz aufgeht.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Die Bewirtschaftung bestehender öffentlicher Parkplätze verbleibt in der Verantwortung der öffentlichen Hand.

mit 22 : 21 : 0 Stimmen.

Seite 39 Antrag

I. Der Grosse Stadtrat stimmt Ziffer I mit 43 : 0 : 0 Stimmen zu.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 11 vom 31. März 2021 betreffend

**Änderung der Bau- und Zonenordnung Littau Z 39 Lindenstrasse und
Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse
Mit Einsprachebehandlung,**

gestützt auf den Bericht der Baukommission,

in Anwendung von § 17 Abs. 1 lit. a, § 63 Abs. 1, § 66 und § 69 des Planungs- und Baugesetzes vom 7. März 1989, Art. 13 Abs. 1 Ziff. 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 sowie Art. 19 des Bau- und Zonenreglements der Gemeinde Littau vom 29. Oktober 2008,

beschliesst:

- I.
 1. Die Einsprachen 1 und 1a werden infolge Rückzugs als erledigt erklärt.
 2. Die Einsprache 2 wird im Sinne der Erwägungen abgewiesen.
 3. Die Einsprachen 3 und 3a sowie die Entschädigungsforderung bezüglich des Nutzungs- und Bebauungsplanverfahrens werden im Sinne der Erwägungen abgewiesen, und die Entschädigungsforderung betreffend den Enteignungsantrag wird als erledigt erklärt.
 4. Die Einsprache 4 wird im Sinne der Erwägungen abgewiesen.
 5. Die Einsprache 5 wird infolge Rückzugs als erledigt erklärt.
 6. Der Bebauungsplan B 1 Fluhmühle vom 20. Dezember 1960, 4. Mai 1961 und 5. September 1963, Stadtteil Littau, wird aufgehoben.
 7. Die Änderung des Zonenplanes Stadtteil Littau Z 39 Lindenstrasse sowie die Änderung des Bau- und Zonenreglements Littau werden erlassen.
 8. Der Bebauungsplan B 141.1 Lindenstrasse mit den dazugehörigen Vorschriften wird erlassen.
 9. Die Beschlüsse gemäss den Ziffern I.6, I.7 und I.8 treten mit der Genehmigung des Regierungsrates in Kraft.

- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**5 Bericht und Antrag 10/2021 vom 31. März 2021:
Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum**

- **Aktualisierung des Auftrages der SIP**
- **Sonderkredit**

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat den B+A 10/2021 an ihrer Sitzung vom 6. Mai 2021 behandelt. Die SIP Luzern, Sicherheit Intervention und Prävention, engagiert sich seit 15 Jahren für ein respektvolles Zusammenleben der Menschen im öffentlichen Raum und wirkt vermittelnd bei Nutzungskonflikten. Aufgrund der Zunahme der Bevölkerung und der intensiveren Nutzung des öffentlichen Raums haben sich die Anforderungen an die SIP seit ihrer Einführung verändert. Mit mehr, regelmässigeren und auch dezentraleren Patrouillen soll der Auftrag der SIP als Botschafterin, Beobachterin, Helferin und Vermittlerin im öffentlichen Raum angepasst werden. Mit der Aufstockung um eine Vollzeitstelle, 100 Stellenprozente, sind neu systematisch Doppelpatrouillen möglich, bei welchen immer mindestens eine Person einen qualifizierten Hintergrund aus dem Bereich Soziale Arbeit oder Sozialpädagogik hat. Mit diesen 100 Stellenprozente ist eine grössere Präsenz auch in den Aussenquartieren möglich, z. B. auf Schulhausplätzen, und die SIP kann bei dringenden Einsätzen flexibler reagieren. Die zusätzlichen Personalkosten für die Stellenaufstockung belaufen sich pro Jahr auf 115'000 Franken, was kreditrechtlich auf zehn Jahre 1,15 Mio. Franken ausmacht. Eine klare Mehrheit der Sozialkommission hat die Tätigkeit der SIP gewürdigt, gewisse anfängliche Skepsis der SIP gegenüber ist nach 15 Jahren ver-

schwunden. Nur eine kleine Minderheit ist nach wie vor der Ansicht, dass die SIP nicht über die nötigen Kompetenzen verfügt und dass man diese Ressourcen besser in die Aufstockung der Polizei investieren würde. Mittels Protokollbemerkung hat die Sozialkommission verlangt, dass der Stadtrat prüft, ob allenfalls ein Teil der Kosten für die SIP nach dem Verursacherprinzip an Drittorganisationen weiterverrechnet werden kann. Die Sozialkommission hat den Bericht «Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum, Aktualisierung des Auftrags der SIP und Sonderkredit» grossmehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen und den Sonderkredit von 1,15 Mio. Franken zur Sicherstellung des Auftrags der SIP mit einer deutlichen Mehrheit bewilligt.

Sandra Felder-Estermann: Die SIP steht seit 15 Jahren als Botschafterin der Stadt Luzern ein, sie beobachtet, ist präsent und macht auf die Regeln im öffentlichen Raum aufmerksam, sie hilft somit zu einem besseren Miteinander, einem respektvollen Zusammenleben unterschiedlicher Generationen und Kulturen, ohne dass gleich die Polizei eingeschaltet werden muss. Sie wirkt deeskalierend in schwierigen Situationen und fördert den niederschweligen Dialog mit allen, so auch mit Randständigen, Suchtbetroffenen und den Jungen, die den Moment, den Ausgang im Freien teils grenzenlos geniessen. Die SIP ist auch eine Brücke zu den Behörden und weiteren Partnerorganisationen und macht bei ihnen auf Handlungsbedarf aufmerksam. Das braucht Manpower und Frauenpower mit entsprechendem Fachwissen, denn auch wenn die Kontakte niederschwellig sein sollen, gibt es immer wieder Situationen, die nicht einfach beziehungsweise sehr anspruchsvoll sind.

Was früher vor allem ein Bedürfnis der Innenstadt war, verlagert sich inzwischen auch in die Quartiere. Dezentrale Begegnungsorte und somit die Stärkung der Quartiere sind politisch gewollt und erwünscht, es soll nicht alles nur in der Innenstadt stattfinden. Wer mehr Leben in der Stadt will, muss sich bewusst sein, dass dies auch zu mehr Nutzungskonflikten führt – die Sprechende nennt als Beispiele Littering und Nachtruhestörung. Damit steigt auch der Bedarf nach mehr niederschweligen Ordnungshütern, die für die Sicherheit und die Sauberkeit in unserer Stadt eintreten. Die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum soll in der ganzen Stadt hoch bleiben oder noch verstärkt werden. Eine Präsenz an verschiedenen Hotspots, auch bei der Bevölkerung in den Quartieren, ist daher sehr wichtig. Die Stadt entwickelt sich, und das soll auch die SIP.

Die FDP-Fraktion ist klar für die Stärkung der SIP und für mehr Präsenz an dezentralen Plätzen und somit auch für die Unterstützung unserer Quartiere. Denn das Leben findet nicht nur im Zentrum statt, sondern in der ganzen Stadt. Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum gibt es daher ebenfalls überall. Die SIP verdient unseren Respekt und ein grosses Dankeschön. Mit der Annahme dieses B+A folgen auf nette Worte nun auch Taten. Die Stadtbevölkerung erhält im ganzen Stadtgebiet mehr Leistung vonseiten der SIP. Das ist nicht gratis zu haben. Die Personalkosten steigen gemäss B+A verhältnismässig an.

Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt dem Kredit von 115'000 Franken pro Jahr beziehungsweise dem Sonderkredit für zehn Jahre von total 1,15 Mio. Franken zu.

Regula Müller: Die SP-Fraktion dankt für den B+A, der gut aufzeigt, wie die SIP wirkt und wo sie wertvolle Unterstützung bietet. Vor allem in der Rolle der SIP als Vermittlerin und Helferin – beispielsweise als Ergänzung zu der aufsuchenden Sozialarbeit – sieht die Fraktion einen grossen Mehrwert. Die SIP hat sich mit ihrer Arbeit in den letzten 15 Jahren in der Stadt etabliert und

konnte den meisten Kritiker*innen beweisen, dass sie eine wichtige Arbeit im öffentlichen Raum leistet. Deshalb macht es aus Sicht der SP-Fraktion absolut Sinn, dass in jeder Doppelpatrouille eine Person mit einer höheren Qualifikation dabei ist. Nur so ist sichergestellt, dass die SIP auch in anspruchsvollen oder sogar kritischen Situationen wirkungsvoll arbeiten kann. Ausserdem ist es auch nötig, dass die SIP ausserhalb des Zentrums tätig ist. Gerade die Schulhausplätze, die in allen Stadtteilen als öffentlicher Raum zugänglich sein sollen, profitieren an gewissen Abenden vom Besuch der SIP.

Für die SP-Fraktion ist neben den vielen positiven Aspekten Folgendes ein wichtiges Anliegen: Die SIP zählt zu den klassischen Zentrumslasten der Stadt Luzern. Die Stadt zahlt also mit eigenen Mitteln Leistungen, obwohl auch viele andere, z. B. die Kantonspolizei, das KKL usw., von der SIP profitieren. Die SP-Fraktion denkt, dass diese Kosten solidarischer getragen werden sollen, und unterstützt darum die entsprechende Protokollbemerkung der Sozialkommission.

Damit die SIP weiterhin qualifiziert und zielgerichtet arbeiten kann, tritt die SP-Fraktion auf den B+A ein und stimmt der Aufstockung des Personalbudgets zu.

Patrick Zibung: Der vorliegende Bericht und Antrag ist aus Sicht der SVP-Fraktion ein einziger Werbespot für die SIP. Es werden nur die positiven Seiten aufgezeigt. Die SVP-Fraktion hat sich schon immer die Frage gestellt, ob es die Eingreifgruppe SIP in der Stadt Luzern braucht oder nicht. Einmal mehr steht diese Frage für die SVP-Fraktion im Mittelpunkt. Im B+A wird eine Personenaufstockung der SIP-Patrouille um 100 Prozent durch eine Sozialpädagogin oder einen Sozialpädagogen verlangt. Die beantragte Stelle kostet über zehn Jahre kreditiert 1,15 Mio. Franken. Die SVP-Fraktion hat sich schon von Anfang an immer kategorisch gegen die Einführung der SIP gestellt und letztmals 2012 auch die Abschaffung der SIP verlangt. Die Truppe ist teuer und ineffizient, sie ist eine reine Sozialpolizei ohne Befugnis, ihr Einsatz rechnet sich nach Ansicht der SVP-Fraktion nicht. Mit der Abschaffung hätte die Stadt Geld einsparen können, mit welchem sie besser beim Kanton zusätzliche Polizeileistungen eingekauft hätte. Leider stiess die Forderung der SVP-Fraktion auch bei den bürgerlichen Parteien höchstens auf verhaltene Zustimmung. Die SP, die Grünen und die Grünliberalen wollten die SIP damals nicht abschaffen. Für die SVP-Fraktion ist es wichtig, dass unsere Steuergelder sinnvoll eingesetzt werden, dafür ist der Grosse Stadtrat verantwortlich. Nach Ansicht der Fraktion hat die SIP ihre Ziele nicht erreicht, sie könnte sie nur durch eine andere Strategie erreichen, wie z. B., wenn sie wie früher auch wieder Einsätze nach Mitternacht, also z. B. bis um 2 Uhr morgens oder länger, durchführen würde. Im Moment ist ja um Mitternacht Schluss mit diesen Einsätzen. Die SVP-Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass es die SIP nicht braucht, und aus diesem Grund beurteilt sie die geforderte Personenaufstockung als nicht notwendig. Sie tritt auf den B+A ein und stellt den **Antrag auf blosser Kenntnisnahme des Berichts**. Den Kredit von 1,15 Mio. Franken lehnt die SVP-Fraktion ab.

Daniel Lütolf: Es gibt auch Werbung, die gut und sinnvoll ist. Die GLP-Fraktion dankt für den vorliegenden B+A. Wir leben, da sind bestimmt alle Anwesenden mit dem Sprechenden einig, nicht nur in der schönsten Stadt der Schweiz, sondern auch in einer sehr sicheren Stadt. Dass wir in einer so sicheren Stadt leben können, liegt mitunter auch an der SIP, die einen wesentlichen Teil dazu beiträgt. Der B+A zeigt deutlich, dass die Kombination von Prävention und Intervention ein

klarer Erfolgsfaktor ist. Im B+A werden entsprechende Beispiele genannt, sei das jetzt der Europa- platz oder der Drogenkonsum. Der Sprechende möchte noch auf ein anderes Beispiel eingehen, das den Anwesenden vielleicht weniger bekannt ist, obwohl es auch da um eine sehr schöne Stadt geht, nämlich um New York. Rudy Giuliani wollte, als er noch halbwegs zurechnungsfähig war, aufgrund der sogenannten Zero Tolerance Policy den Polizeistaat aufblähen, hatte aber das Budget dazu nicht. Da hörte er auf die Soziologen, die rieten, man solle eine New Yorker SIP schaffen. Diese trug dazu bei, dass Kleinkriminelle in einer neuen Funktion eingesetzt wurden, z. B. dass sie U-Bahn-Stationen sauber halten sollten, und das wirklich mit Nulltoleranz, also wirklich sauber. Die Sauberkeit führte dazu, dass die Leute alles als viel sicherer wahrnahmen und die Kriminalitätsrate gerade in Gebieten wie der Bronx nachweislich massiv und signifikant gesenkt werden konnte. Dieses niederschwellige Angebot ist ein Tipping Point und zeigt, wie man mit smarten, kleinen Anpassungen durchaus Grosses erreichen kann. Genau dieses niederschwellige Angebot der SIP ist auch in Luzern nach wie vor wichtig, ob sie dabei als Botschafterin, Helferin oder Beobachterin auftritt. Präventive Arbeit kostet nicht nur, sondern hilft im Gegenteil, Kosten und Ressourcen einzusparen. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an die SIP für ihre wertvolle Arbeit, auf dass wir nicht nur in der schönsten Stadt der Schweiz leben, sondern weiterhin auch in einer sehr sicheren Stadt. Die GLP-Fraktion wird den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und den Antrag unterstützen.

Heidi Rast: Unsere SIP, Sicherheit Intervention Prävention: eine Erfolgsgeschichte der Stadt Luzern. Das ist kein Werbespot, sondern Tatsache. Die G/JG-Fraktion dankt der Stadt und vor allem der Abteilung QUIN für den sehr aufschlussreichen, differenzierten Bericht und Antrag. In den 15 Jahren, seit es die SIP gibt, ist unsere Stadt nicht nur bevölkerungsmässig, sondern auch flächenmässig weitergewachsen, die Gesellschaft hat sich stetig gewandelt und die Ansprüche wurden auch nicht kleiner. Zu Beginn lagen die Herausforderungen für die SIP vor allem beim Littering, bei Ruhestörungen und beim Alkoholmissbrauch. Natürlich gibt es auch noch andere wichtige Bereiche wie die Strassenprostitution oder die Auswirkungen des Drogenkonsums im öffentlichen Raum. Sehr erfreulich ist, dass die Situation seit Beginn der Tätigkeit der SIP in den meisten Jahren verbessert werden konnte. Auf jeden Fall wurde es nicht schlimmer oder kam sogar zu einer Eskalation. Auch während der ganzen Coronazeit war die SIP präsent und hat dank ihrer Arbeitsweise viel dazu beigetragen, dass auch unter diesen Umständen alles ruhig blieb. Die SIP hat sich in den vergangenen 15 Jahren stetig weiterentwickelt und auf eine sehr gute Art und Weise professionalisiert. Sonst wäre sie heute nicht so anerkannt und respektiert. Vor allem beeindruckend ist, wie die SIP ihre Arbeit versteht und umsetzt. Sie bringt ihre vier Rollen zielgerichtet und adäquat ein, sei es z. B. als Vermittlerin, wenn sich gewisse Leute in die Haare geraten, oder als Helferin vor allem auch für Menschen, die nicht so in unsere Gesellschaft integriert sind, aber auch als Botschafterin, die freundlich, respektvoll, doch auch bestimmt aufzeigt, dass es Regeln gibt, die eingehalten werden müssen. Die SIP agiert umsichtig und verhältnismässig. Weil sie tagtäglich unterwegs ist und auch beobachtet, kann sie frühzeitig Handlungsbedarf erkennen und ihn direkt bei der Verwaltung und auch bei anderen Organisationen zur Kenntnis bringen. All das trägt dazu bei, dass wir in unserer Stadt weiterhin ein hohes Mass an Aufenthaltsqualität haben. Gerade weil die SIP keine polizeilichen repressiven Aufgaben übernimmt, hat sie einen einfacheren und besseren

Zugang zur Bevölkerung und z. B. auch zu Gruppierungen von Jugendlichen. Von dieser Seite hört die G/JG-Fraktion viel Positives und auch Anerkennung.

Damit wir auch in Zukunft auf die gute Arbeit der SIP zählen können, braucht es jetzt eine Erweiterung. Die anstehenden Herausforderungen werden im B+A sehr deutlich aufgezeigt, sei es im öffentlichen Raum, an gewissen Brennpunkten, und vor allem auch in den dezentralen Stadtgebieten. Es macht deshalb für die G/JG-Fraktion ganz klar Sinn, dass es diese Doppelpatrouillen braucht und dass es in der heutigen Zeit nötig ist, entsprechend professionelle Personalressourcen zur Verfügung zu stellen. Die SIP-Mitarbeitenden müssen sehr viele verschiedene Eigenschaften und Kompetenzen mitbringen, sie üben ihren Job in einem spannungsreichen wie auch abwechslungsreichen Arbeitsfeld aus. Die SIP wird ernst genommen, nicht nur, wenn die Probleme schon da sind, sondern auch bei zwischenmenschlichen Gesprächen, die eine deeskalierende Wirkung haben. Dass es dazu gute Arbeitsbedingungen braucht, unterstützt die G/JG-Fraktion. Sie dankt an dieser Stelle allen SIP-Mitarbeitenden recht herzlich für ihr Engagement. Sie leisten für unsere Stadt eine tolle und sehr wertvolle Arbeit. Die G/JG-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt der geforderten Pensenaufstockung zu.

Agnes Keller-Bucher: Sozialkommissionspräsident Marco Müller hat es in seinem Bericht aus der Kommission angetönt: In den Protokollen von früher kann man lesen, dass die CVP-Fraktion am Anfang gegenüber der Einführung der SIP nicht so positiv eingestellt war. Der Nutzen wurde im Blick auf die Kosten sehr infrage gestellt. Für die CVP-Fraktion lag der Knackpunkt vor allem darin, dass die SIP nicht handlungsfähig wie z. B. die Polizei ist, die Personendaten aufnehmen oder Bussen verteilen kann und deren Mitarbeitende als Respektspersonen wahrgenommen werden. Heute sieht die CVP-Fraktion den Auftrag der SIP aus einem anderen Blickwinkel. Wie im B+A aufgezeigt wird, ist der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Plätzen sehr gestiegen und hat sich auch auf dezentrale Plätze ausgeweitet. Die Rolle der SIP als Botschafterin von Normen und Werten, als Vermittlerin bei Konflikten, als Helferin in verschiedenen Notfällen und schliesslich als Beobachterin zur frühzeitigen Erkennung eines Handlungsbedarfs ist für die Stadt Luzern sehr wichtig und nicht mehr wegzudenken. Vor allem im letzten, durch die Pandemie geprägten Jahr war die Präsenz der SIP sehr wertvoll. Sie leistete wichtige Arbeit, indem sie auf die Maskenpflicht aufmerksam machte oder bei Ansammlungen von Personengruppen auf die Gefahr einer Ansteckung hinwies. Die öffentlichen Plätze und Aufenthaltsorte werden vermehrt genutzt; somit nimmt die SIP auch im Zusammenhang mit Littering eine wichtige Rolle ein. Diesen Punkt erachtet die CVP-Fraktion als sehr wichtig. Vor allem findet die Fraktion sehr gut, dass die SIP ein Augenmerk auf Spielplätze und Schulhausplätze legt. Mit ihren vielfältigen Aufgaben kann die SIP präventiv wirken und so in erster Linie auch die Polizei entlasten. Aber auch bei verschiedenen Situationen im Bereich Sicherheit, Gesundheit, im Zusammenhang mit Drogen und Alkohol oder im sozialen Verhalten kann die SIP durch ihre Präsenz und mit Gesprächen viel erreichen. So nimmt sie eine wichtige Triagefunktion zum ganzen Sozialwesen und zu allen sozialen Institutionen wahr. Dadurch werden im Endeffekt auch Kosten gespart. Die Kombination von Prävention und Intervention ist also ein Erfolgsfaktor der SIP. Die CVP-Fraktion sieht es als wichtig und richtig an, dass die SIP diese Aufgaben weiterhin ausführen kann. Da sich das Gebiet ausgeweitet hat und der Nutzungsdruck auf

den öffentlichen Raum weiter zunimmt, braucht es zusätzliche Ressourcen, um all diesen Aufgaben nachzukommen. Die CVP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt der Aufstockung der Personalressourcen und somit auch dem Sonderkredit zu.

Sozial- und Sicherheitsdirektor Martin Merki dankt für die mehrheitlich positive Aufnahme des Berichts. Die sinnvolle Verwendung von Steuergeldern ist selbstverständlich auch dem Stadtrat ein grosses Anliegen. Die Polizei ist sehr wirkungsvoll, aber sie greift nur in bestimmten Situationen ein. Repression allein funktioniert nicht. Die SIP geht zu den Leuten hin und beginnt ein Gespräch mit ihnen. Sie geht dorthin, wo die Stimmung explosiv ist, aber noch nicht explodiert ist. Das ist Prävention, das ist Deeskalation. Heute macht auch die Polizei das so, im Unterschied zu früher fährt sie weniger einfach mit dem Auto vorbei, sondern die Polizistinnen und Polizisten steigen aus, sie machen Patrouillengänge vor Ort und suchen das Gespräch, noch bevor etwas passiert. Es gibt bei der Polizei das Einselelement CityPlus; diese Mitarbeitenden, die eine orange Weste tragen, diskutieren mit den Leuten. SIP und Polizei bewirtschaften gewisse Brennpunkte gemeinsam und tauschen ihre Lageanalysen gegenseitig aus. Die Stärke der SIP liegt in der Kommunikation. Sie zeigt Grenzen auf, gerade wenn Leute betrunken und aggressiv sind. Falls die SIP nicht mehr weiterkommt, wird die Polizei aufgeboten, welche die betreffenden Personen unter Umständen wegweisen muss. Zu solchen Situationen kommt es meistens nach Mitternacht. Den Nutzen der Prävention durch die SIP sieht man z. B. auf der Ufschöttli und bei der Kanti Alpenquai. Die SIP geht nicht mehr zur Kanti Alpenquai, weil es sich um ein Grundstück des Kantons handelt. Seither hat dort das Littering zugenommen.

Mit der Aufstockung der Personalressourcen der SIP erhält die Stadt wirklich einen Gegenwert. So können neu von Donnerstag bis Samstag zwei Doppelpatrouillen im Einsatz sein. Die SIP ist Teil eines Sicherheitsverbunds, zu welchem auch die Polizei und weitere Organisationen, die im öffentlichen Raum tätig sind, gehören. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen ist gut, sie ist nicht nur strategisch, sondern erfolgt auch auf der operativen Ebene.

Was der Stadtrat mit diesem B+A beantragt, ist ein bescheidener Ausbau. Die SIP wurde in zwei Sparpaketen von 800 auf 530 Stellenprozente reduziert. Sie wurde aber auch effizienter, und aufgrund der Tatsache, dass die Polizei heute stärker auf Community Policing setzt, also stärker zu den Leuten geht und mit ihnen redet, braucht es aus Sicht des Stadtrates für die SIP keinen grossen Ausbau. Der Sprechende dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates, wenn sie die 100 zusätzlichen Stellenprozente bewilligen.

Somit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 10/2021: «Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum. Aktualisierung des Auftrages der SIP. Sonderkredit» eingetreten.

DETAIL

Seite 13 ff. 2.2 Arbeitsweise und Zielgruppen: Die vier Rollen der SIP

Sozialkommissionspräsident Marco Müller: Die Sozialkommission hat im Zusammenhang mit den Partnerorganisationen (Seite 19 oben) mehrheitlich folgende **Protokollbemerkung** überwiesen:

Der Stadtrat klärt ab, inwiefern sich Partnerorganisationen ausserhalb der Stadtverwaltung an der Finanzierung der SIP beteiligen können.

Der Stadtrat opponiert im StB 365 der Protokollbemerkung nicht.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion stellt einen **Ablehnungsantrag**. Ihrer Ansicht nach soll sich die SIP gegenüber Partnerorganisationen ausserhalb der Stadtverwaltung abgrenzen. Das kann sie bereits heute. Geld von den Partnern zu verlangen, stärkt die gute Zusammenarbeit nicht und kann auch kontraproduktiv wirken. Das kann nicht das Ziel der SIP sein und ist auch nicht das Ziel der FDP-Fraktion. Aus diesen Gründen lehnt die Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Regula Müller: Es wäre für die Stadt eine finanzielle Entlastung, wenn sich die Partnerorganisationen an den Kosten beteiligen würden. Schon jetzt zahlt die Kirchliche Gassenarbeit jährlich 30'000 Franken, weil die SIP den Auftrag hat, Umfeldkontrollen durchzuführen. So ähnlich kann sich die SP-Fraktion auch Kostenbeteiligungen anderer Partnerorganisationen vorstellen. Die SP-Fraktion stimmt der Protokollbemerkung zu.

Sandra Felder-Estermann: Selbstverständlich hat die FDP-Fraktion nichts dagegen, wenn von irgendeiner Seite Geld hereinkommt, aber mit der Kirchlichen Gassenarbeit hat die SIP ein Spezialabkommen. Es gehört zum Grundauftrag der SIP, dass sie für alle zugänglich ist und ihre sehr begrenzten Ressourcen so einsetzt, dass sie allen zugutekommen.

Silvio Bonzanigo lehnt die Protokollbemerkung ab, denn es kommt ihm so vor, als ob man jetzt die Grenzen der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten erodieren lässt, von der Polizei zur SIP, von der SIP noch einmal in einen weiteren Kreis hinein. Das ist weder für die Bevölkerung sinnvoll noch für diejenigen, die in diesen Chargen arbeiten. Die Protokollbemerkung abzulehnen scheint ihm der richtige Weg, ein Verhältnis zu erhalten, in welchem die Zuständigkeiten für alle klar ersichtlich sind.

Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung

Der Stadtrat klärt ab, inwiefern sich Partnerorganisationen ausserhalb der Stadtverwaltung an der Finanzierung der SIP beteiligen können.

I.

Die SVP-Fraktion hatte in der Eintretensdebatte den Antrag auf blosser Kenntnisnahme gestellt. Demzufolge werden zustimmende Kenntnisnahme und blosser Kenntnisnahme einander gegenübergestellt.

Der Grosse Stadtrat nimmt vom Bericht «Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum, Aktualisierung Auftrag SIP und Sonderkredit» zustimmend Kenntnis.

II. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Sonderkredit mit 40 : 3 : 0 Stimmen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 10 vom 31. März 2021 betreffend

Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum

- **Aktualisierung des Auftrages der SIP**
- **Sonderkredit,**

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Vom Bericht «Sicherheit durch Prävention im öffentlichen Raum, Aktualisierung Auftrag SIP und Sonderkredit» wird zustimmend Kenntnis genommen.
- II. Für die Sicherstellung des Auftrages auf dem gesamten Stadtgebiet wird ein Sonderkredit von Fr. 1'150'000.– bewilligt (Aufstockung Personalbudget SIP ID: 1097).
- III. Der Beschluss gemäss Ziffer II unterliegt dem fakultativen Referendum.

**6 Postulat 39, Agnes Keller-Bucher und Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion vom 30. November 2020:
Kurzfristige Anmeldung der schulergänzenden Horttage ermöglichen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

Somit ist das Postulat 39 überwiesen.

**7 Postulat 36, Cyrill Studer Korevaar namens der SP-Fraktion vom 23. November 2020:
Hinrichtungen von Luzerner «Hexen», Homosexuellen, Religionskritischen und weiteren Personen: Jetzt ist es Zeit für ein Mahnzeichen**

Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen.

Aus dem Grossen Stadtrat wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Somit ist das Postulat 36 überwiesen.

Ratspräsidentin Lisa Zanolli schliesst das Traktandum 7.

Raphaëla Meyenberg hat es irgendwie verpasst, sich zu Wort zu melden. Sie hat die Vertretung dieses Postulats von Cyrill Studer Korevaar übernommen und möchte sich noch kurz dazu äussern. Sie stellt deshalb einen **Rückkommensantrag**.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Rückkommensantrag zu.

Raphaëla Meyenberg: Dort, wo sich jetzt bei der Sentimatt der Parkplatz befindet, wurden früher Hunderte von Leuten hingerichtet. Es waren Minderheiten: Hexen, Homosexuelle, Leute, die von der Gesellschaft ausgeschlossen waren. Es ist wichtig, dass man sich an die unschöne Vergangenheit erinnert und sich mit dem, was passiert ist, auseinandersetzt, damit man aus den Fehlern der Vergangenheit lernen kann.

In welcher Form wollen wir uns erinnern? Was ist der erinnerungskulturelle Mehrwert eines Steins, einer Gedenktafel oder eines Mahnmals? Für die Sprechende ist die Antwort klar: Eine Gedenkstätte lädt dazu ein zu verweilen, Fragen zu stellen, nachzudenken, einander Geschichten zu erzählen. Und damit beginnt der Diskurs – der Diskurs, den auch die Parlamentarierinnen und Parla-

mentarier hier im Grossen Stadtrat regelmässig führen. Die Sprechende möchte den Diskurs fördern, auf welche Art auch immer. Sie ist überzeugt, dass der Grosse Stadtrat damit einen Beitrag zu einer gewaltfreien, inkludierenden, gerechten und toleranten Gesellschaft leisten kann. Die Sprechende wäre froh, wenn die Stadt sogar noch weitergeht, z. B. mit einem digitalen Auftritt, mit welchem sie eine umfassende Erinnerungs- und Bildungslandschaft schaffen könnte. Als Beispiele verweist die Sprechende auf die Homepage bern-kolonial.ch oder zh-kolonial.ch. Mit einer solchen digitalen Erinnerungskarte könnte man auch Leute erreichen, die nicht die Möglichkeit haben, sich vor Ort ein Bild zu machen, oder man könnte Schulen oder andere Interessierte zusätzlich informieren und vernetzen.

Wie auch immer: Irgendwo muss die Stadt ja anfangen. Darum freut es die Sprechende sehr, dass der Stadtrat das Anliegen von Cyrill Studer Korevaar unterstützt und das Postulat entgegennimmt.

Judith Wyrsh: Der Stadtrat will das Anliegen des Postulats 36 prüfen, wo Gedenktafeln oder Mahnzeichen an frühere Zeiten erinnern sollen, wo geköpft, gerädert oder verbrannt wurde, wo verurteilt oder an den Pranger gestellt wurde, wo falsche Urteile und auch falsch motivierte Urteile gefällt wurden. Damit die Zukunft besser aussehen kann, muss man sich der Vergangenheit stellen, eine historische Aufarbeitung ist nötig. Damit ist die GLP-Fraktion einverstanden. An das, was in der Vergangenheit passiert ist, muss auch neben dem Geschichtsunterricht in den Schulen erinnert werden. Ob Gedenktafeln dazu einen Beitrag leisten, will die Sprechende nicht beurteilen. Es ist eine Möglichkeit, die Geschichte in der Gegenwart darzulegen. Es gibt einen bemerkenswerten Film von Edwin Beeler, einem Zentralschweizer Filmemacher, mit dem Titel «Hexenkinder». Hauptsächlich geht es beim Anliegen dieses Postulats jedoch um die Gegenwart und um das Machbare, das die Stadt jetzt machen kann. Ist denn das Hexenthema total vorbei? Ist unsere Gesellschaft heute besser? Wo findet heute Vorverurteilung statt? Wo wird verschrien oder gehetzt? Wo wird die Gesellschaft subtil gesteuert, wo wird man mundtot gemacht? Wo sind heute die richtigen Richter und Henker? Das sind wichtige Fragen, die wir uns aktuell stellen müssen. Die Vergangenheit ist Vergangenheit, man soll sie anschauen, aber die Zukunft wird immer in der Aktualität gestaltet. Und da ist jeder einzelne und jede einzelne von uns gefordert, unsere Gesellschaft immer wieder zu hinterfragen, wo wir richten, vorverurteilen oder jemanden verhexen. Die GLP-Fraktion hat zum Postulat 36 Stimmfreigabe beschlossen.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla weist Judith Wyrsh darauf hin, dass der Grosse Stadtrat nicht mehr über das Postulat abstimmt. Das Postulat ist bereits überwiesen.

Christov Rolla: Die G/JG-Fraktion dankt dem Postulanten für diesen Vorstoss und dem Stadtrat für die Entgegennahme, beides ist ganz in ihrem Sinn. Sie begrüsst dezidiert, dass obrigkeitliche und mehrheitsgesellschaftliche Unterdrückung und Ausmerzungen räumlich-situativ und pädagogisch-historisch aufgegriffen werden. Bei historischen Gebäuden und Stätten auch auf die manchmal zweifelhaften, manchmal unsäglichen Aspekte ihrer und auch unserer Geschichte hinzuweisen ist ein wichtiger Beitrag zur Sichtbarmachung, zur Bewusstmachung und damit zu Bildung und gesellschaftlichem Fortschritt. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der Vermittlung, die der Stadtrat erfreulicherweise in seiner Stellungnahme erwähnt, wäre es dem Sprechenden ein Anliegen, dass die konkrete Visualisierung vor Ort sich wenn möglich nicht nur auf blosse Information

beschränkt, denn sonst hätten wir zwar ein Bekenntnis zur kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und eventuell sogar noch einen touristischen Mehrwert, aber im schlimmsten Fall würde bei der Betrachterin oder dem Betrachter unter Umständen nicht viel mehr ausgelöst als ein wohliges Gruseln, wie man es angesichts von eisernen Jungfrauen und anderen Foltergeräten bei Burgbesichtigungen haben kann. Im Idealfall würde eine solche Thematisierung von Ausgrenzung, Folter und Todesstrafe auch eine Vernetzung und also einen Blick in die Gegenwart ermöglichen; schliesslich gibt es die subjektiven, psychologischen, aber auch gesellschaftlichen Mechanismen ja immer noch, die zu Angst vor oder zu Überlegenheitsgefühlen gegenüber und letztlich zu Unterdrückung von Minderheiten geführt haben und auch heute noch führen, in der Schweiz und in der Stadt Luzern heutzutage zum Glück ohne institutionalisierte Folter und Todesstrafe. Natürlich ist es knifflig, einen guten Mittelweg zwischen zu viel pädagogischem Zeigefinger einerseits und zu viel spektakulärem Gruseln andererseits zu finden, aber der Sprechende ist zuversichtlich, dass die Stadt Luzern das schafft. Ein paar Institutionen werden in der Stellungnahme des Stadtrates ja bereits erwähnt, und mit einer solchen Zusammenarbeit könnte dieser Balanceakt durchaus gelingen. Die G/JG-Fraktion versteht nicht ganz, warum der Stadtrat dieses Postulat entgegennimmt, das Postulat 37 aber nicht, obwohl die beiden ja eindeutig eine Verwandtschaft aufweisen. Aber dazu wird der Sprechende beim nächsten Traktandum mehr sagen.

**8 Postulat 37, Cyrill Studer Korevaar namens der SP-Fraktion vom 23. November 2020:
Sklaverei mit Luzerner Beteiligung? Die historische Aufarbeitung soll Klarheit bringen**

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Benjamin Gross konnte als Neuling im Grossen Stadtrat heute beobachten, wie man sich für die Arbeit bedankt, die geleistet wird, und er hätte das auch gern weitergepflegt, aber leider fällt es ihm gerade beim vorliegenden Postulat schwer. Der Stadtrat lehnt das Postulat ja ab, und zwar aus einem Grund, den der Sprechende nicht nachvollziehen kann. Die SP-Fraktion hält am Postulat fest. Wie spannend das Thema Luzern und Sklaverei ist, blitzt in der Stellungnahme nur kurz auf, nämlich mit dem Hinweis auf das Buch «Charles und Mathilde auf Dreilinden. Die Gründung und Geschichte der Kiefer Hablitzel Stiftung». Eine inhaltliche Begründung, warum das Postulat nicht überwiesen werden sollte, gibt der Stadtrat nicht. Das ist kein Vorwurf, wir wissen nämlich fast nichts über unsere Vergangenheit in diesem Zusammenhang. Wie wertvoll historisches Wissen aber sein kann, zeigt merkwürdigerweise genau die gleiche Stellungnahme auf, indem sie nämlich aus dem Vollen schöpft, wenn es um die historische Forschung zur Verknüpfung von Luzern mit dem Söldnertum geht. Dann wird in der Stellungnahme sogar noch das Löwendenkmal herangezogen, weil man in diesem Zusammenhang viel mehr über unsere Vergangenheit weiss. Aber diese Thematik hat nach Ansicht des Sprechenden wenig mit dem Thema Luzern und die Sklaverei zu tun. Er kann sich nicht vorstellen, dass Luzern nur deshalb eine so hübsche Stadt wurde, wie sie

jetzt ist, weil die Offiziere, die auf dem Löwendenkmal namentlich erwähnt werden, ihre leider namenlosen Soldaten in die erste Reihe fremder Armeen gestellt haben. Er ist überzeugt, dass es noch andere Gründe gibt. Wie stark der Sklavenhandel zu unserem Wohlstand beigetragen hat, liesse sich leicht herausfinden; in der Stadt Luzern gibt es hervorragende Historikerinnen und Historiker. Der Sprechende nennt drei von ihnen: Prof. Valentin Groebner – dieser hat mehrmals darauf hingewiesen, dass die Luzerner Altstadt nicht schon immer ein so folkloremuseumartiges Gebilde war, sondern durchwegs auch eine andere, ein bisschen dreckigere Vergangenheit hatte, was zu wissen sehr spannend ist; Prof. Aram Mattioli – seine Forschungsschwerpunkte liegen allerdings auf der Rolle Italiens im 2. Weltkrieg, auf dem Genozid der Türken an den Armeniern oder auf dem Massenmord an den nordamerikanischen Ureinwohnern; mit Prof. Daniel Speich Chassé verfügt die Stadt Luzern sogar über jemanden, der in Globalgeschichte forscht. An der Universität Luzern ist also eine sehr grosse historische Kompetenz vorhanden. In der Stellungnahme des Stadtrates kommt zum Ausdruck, dass er sich nicht verantwortlich fühlt. Das muss er auch nicht, sondern letztlich könnte es einfach darum gehen, die Fachleute an der Uni dazu zu motivieren, in diese Richtung zu forschen. Es wäre natürlich super, wenn die Stadt das dann mittragen und unterstützen und z. B. das Stadtarchiv öffnen würde, damit eine gute Forschung möglich wird. Es wäre schön, wenn man am Schluss ein Resultat hätte, wie es z. B. mit den Websites bern-kolonial.ch oder zh-kolonial.ch der Fall ist, auf welche Raphaela Meyenberg vorhin hingewiesen hat. So wären verschiedene spannende Projekte denkbar, seien das historische Rundgänge oder eben etwas Digitales. Das bedeutet gelebte Erinnerungskultur, bei welcher man Verantwortung übernimmt. Der Sprechende zitiert zum Schluss aus der Stellungnahme des Stadtrates zum vorhergehenden Postulat 36: «Im Horizont historischer Erfahrung diskutiert und vergewissert sich eine Gesellschaft ihrer Werte.» Genau das wünschte sich der Sprechende auch für das Thema Sklaverei und würde sich sehr freuen, mehr dazu zu erfahren.

Christov Rolla bedauert es manchmal, dass bei den Dokumenten aus dem Stadtrat, seien es Berichte und Anträge, sei es wie in diesem Fall eine Antwort auf einen Vorstoss, nicht steht, wer sie geschrieben hat. Vielleicht wären die Grossstadträtinnen und Grossstadträte manchmal ein bisschen versöhnlicher beim Verhandeln und gelegentlichen Bemängeln stadträtlicher Antworten, wenn sie wüssten, wer am andere Ende ihres Tadels sitzt. Vor allem aber könnten sie besser einschätzen, wie und warum gewisse – zumal ablehnende – Antworten zustande gekommen sind. Die Antwort auf das Postulat 37 ist für den Sprechenden ein solcher Fall, wo er gern wüsste, wie sie entstanden ist. Für ihn liest sie sich so, als hätten zwei Personen daran geschrieben. In seiner Vorstellung sieht das etwa so aus: Die erste Person möchte den Vorstoss gern entgegennehmen und beginnt, entsprechende Beispiele von Ausnützung und Ausbeutung aufzuschreiben: fremde Dienste, Kiefer Hablitzel Stiftung, Emil Bührlé. Dann schaut sie ermattet auf die Uhr und geht in den Feierabend. Am nächsten Tag kommt in der Vorstellung des Sprechenden eine andere Person ins Büro, sieht die angefangene Antwort herumliegen, denkt sich, sie wolle der Kollegin oder dem Kollegen helfen und die Antwort schnell fertig schreiben. Aber weil sie der Ansicht ist oder gehört hat, dass man den Vorstoss nicht entgegennehmen soll oder möchte, erwähnt sie einfach noch das Projekt L21 als gutes Beispiel von Vergangenheitsbewältigung und schliesst dann mit den Worten, dass es in Luzern keinen konkreten Anlass gebe, eine Forschung anzustossen. Und diese

Antwort mit zwei ganz unterschiedlichen Standpunkten, aber ohne verbindenden, kohärenten Mittelteil, flutscht dann irgendwie durch alle Instanzen durch, mit der Aussage, es gebe nichts zu untersuchen, obwohl die Kollegin oder der Kollege am Tag vorher doch ein paar ziemlich gute Beispiele von gravierender Menschenunfreundlichkeit, um nicht gerade Sklaverei zu sagen, aufgezählt hat.

Der Sprechende glaubt natürlich nicht, dass es wirklich so war, aber anders kann er sich die Widersprüchlichkeit in der Antwort des Stadtrates nicht recht erklären. Vielleicht kann Stadtpräsident Beat Züsli nachher noch kurz etwas zur Genese dieser Antwort sagen. Fakt ist jedenfalls, dass der Stadtrat den Vorstoss nicht entgegennehmen möchte, der Grosse Stadtrat aber nicht so recht weiss warum. Vielleicht hat die ablehnende Haltung damit zu tun, dass die Beispiele, die in der Antwort erwähnt werden, nicht direkt mit der Art von Sklaverei zu tun haben, welche wir alle vor Augen haben, wenn wir das Wort Sklaverei hören, also mit Menschen, die mit eisernen Ringen um den Hals an langen Ketten halbnackt und unter Peitschenhieben durch die Wüste marschieren; mit Menschen, denen auf dem Sklavenmarkt ins Maul geschaut und an die Arme oder sonst wohin gegriffen wird; Menschen, die dann Baumwolle pflücken oder Zuckerrohr ernten oder an Strassenrändern Steine klopfen. Bei dieser prototypischen Art von Sklaverei könnte man vielleicht wirklich sagen: Damit hatte die Stadt Luzern nie etwas zu tun. Der Sprechende weiss es nicht, aber er würde es gern wissen, und nur schon deswegen wäre er unbedingt für die Überweisung des Postulats. Dazu kommt aber noch, dass die Stadt Luzern mit vielen anderen Arten von Ausbeutung, Unterdrückung und Übervorteilung direkt oder indirekt sehr wohl zu tun hatte und vielleicht, wer weiss, immer noch zu tun hat. In diesem Punkt fand der Sprechende die Antwort des Stadtrates übrigens sehr gut: Die beantwortende Person hat nämlich den Bedeutungsumfang des Wortes Sklaverei von sich aus erweitert und beispielsweise explizit auch den Kolonialismus aufgeführt, obwohl dieser im Vorstoss selber gar nicht erwähnt wird. Der Sprechende hat das sehr erfreut zur Kenntnis genommen, denn gerade dort gäbe es mit Sicherheit einiges herauszufinden und in unserem heutigen Bewusstsein zu verankern. Gerade der Punkt mit dem Bewusstsein ist für die G/JG-Fraktion wichtig, dass man weiss – und wenn man es nicht weiss, dass man es herausfindet, erfährt und lernt –, wie die Schweiz zu ihrem enormen Wohlstand gekommen ist. Es gibt ja immer noch Leute, die behaupten, das brave Schweizervolk habe sich diesen Wohlstand nur mit Fleiss und ein bisschen Glück und ein bisschen Neutralität erkämpft. Oder, was der Sprechende als den noch ärgerlicheren Trugschluss betrachtet: dass die Zustände und die Missstände in der Welt nichts mit uns zu tun hätten. Vielleicht beschränken sich die konkreten Beispiele in der stadträtlichen Antwort ja ganz bewusst nur auf vergangene Jahrhunderte oder auf schon längst verstorbene Personen. Der Sprechende findet das nachvollziehbar, denn je näher wir in die Gegenwart kommen, umso grösser ist eben die Gefahr, jemandem auf die Zehen zu treten oder Bereiche zu berühren, wo es auch wehtun könnte. Vermutlich haben wir alle z. B. weit aussen Verwandte oder Bekannte, die bis in die 90er-Jahre geschäftlich von der Apartheid in Südafrika profitierten. Vielleicht weiss man es, vielleicht weiss man es nicht. So oder so: Es ist ein unangenehmes Thema, man möchte nicht darüber reden. Wie sieht es mit dem Rohstoffhandel oder den Investitionen unserer Banken und Pensionskassen aus? Ein unangenehmes Thema, man möchte nicht darüber reden. Wie hängt Zyklon B mit der Salle Modulable zusammen? Ein unangenehmes Thema, darüber hat man nicht gern geredet. Wie hängen der Kunstmarkt und gewisse Galerien in Luzern mit dem Deutschen Reich und der so-

genannten entarteten Kunst zusammen? Ein unangenehmes Thema; man hat zwar darüber geredet, aber man redet immer noch nicht gern darüber. Was für Leute arbeiten zu welchen Bedingungen an unseren Schulhäusern und auf anderen Baustellen in der Stadt, wenn sie von Sub-Sub-Subunternehmern angeheuert werden? Ein unangenehmes Thema, man möchte nicht darüber reden. Eine kleine Klammerbemerkung: Vielleicht ist auch alles in Ordnung auf unseren Baustellen, das wäre sehr schön, aber wissen würde der Sprechende es doch gern.

Um sich selber zum Schluss nicht auszunehmen: Woher stammt das unvorstellbar grosse Vermögen der vielen Stiftungen, die Kulturschaffende unterstützen? Ein unangenehmes Thema, man möchte nicht darüber reden und nicht einmal darüber nachdenken. Das wäre aber wichtig, und zwar nicht, um diese Stiftungen vors Schienbein zu treten, denn wir sind ja alle froh, dass es sie gibt, sondern im Sinn von Transparenz, von Bewusstmachung, von Ehrlichkeit und im Bemühen, in Zukunft – im Idealfall als Gesellschaft und Gemeinschaft – ein paar Dinge besser zu machen als in der Vergangenheit oder, wer weiss, jetzt in der Gegenwart.

Der Sprechende glaubt also, es gäbe sehr wohl sehr viel herauszufinden, aufzuarbeiten und bewusst zu machen, und daher ist er enttäuscht, dass der Stadtrat so lapidar festhält, es gebe keinen konkreten Anlass. Dem Sprechenden ist bewusst, dass die Beispiele, die er jetzt erwähnt hat, eine recht grosse Ausweitung des ursprünglichen Postulats darstellen würden. Umso mehr würde es ihm als absolutes Minimum erscheinen, wenigstens eine Aufarbeitung der länger zurückliegenden Ungerechtigkeiten anzustossen. Wenn das Stadtparlament das wollte, wäre das ein wichtiges Zeichen, dass es ihm nicht egal ist, wie unsere Vergangenheit unsere Gegenwart geformt hat. Dieses Zeichen würde die G/JG-Fraktion gern setzen und unterstützt deshalb einstimmig die Überweisung des Postulats. Der Sprechende bittet die Mitglieder der anderen Fraktionen, möglichst zahlreich auch so zu stimmen.

Marc Lustenberger: Die FDP-Fraktion schliesst sich der Argumentation des Stadtrates an, denn diese erscheint ihr schlüssig. Sie ist daher klar gegen die Überweisung des Postulats zur Sklaverei. Der Bezug dieses Themas zur Stadt Luzern ist zu wenig gegeben. In der Zeit, in welcher es noch Sklaverei gab, befasste man sich in Luzern noch hauptsächlich mit dem Export von Käse über den Gotthard, im Gegensatz zu Zürich, das vielleicht schon eine andere wirtschaftliche Struktur hatte. Für die FDP-Fraktion ist somit überhaupt nicht klar, ob es einen Bezug zwischen Sklaverei und der Stadt Luzern gibt, und auch die Postulanten wissen das nicht. Es gibt noch viele historische Themen, die man aufarbeiten könnte, aber diese werden ja hier nicht genannt. Die Sklaverei in Amerika hingegen gehört definitiv nicht dazu, und darum lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Thomas Gfeller: Die geschichtliche Aufarbeitung der Vergangenheit, wie sie im Postulat gefordert wird, betrachtet die SVP-Fraktion nicht als Aufgabe einer Gemeinde. Diversen Medienmitteilungen konnte man entnehmen, dass einige Historiker grosses Interesse daran hätten, das Thema objektiv aufzuarbeiten. Wenn also von historischer Seite ein derart grosses Interesse besteht, die Sklavereigeschichte in Luzern zu durchleuchten, was ja auch aus Sicht der SVP-Fraktion durchaus interessant sein könnte, so wird man sicherlich private Geldgeber finden, die bereit wären, ein solches Projekt finanziell zu unterstützen. Mit den Forschungsunterlagen, die daraus entstehen, könnte man sogar ein Buch erstellen und hätte die Möglichkeit, aus dem Erlös einen Teil der investierten Gelder wieder zu refinanzieren. Nach Ansicht der SVP-Fraktion braucht es für eine solche Idee

oder für eine solche Aufarbeitung nicht ein Postulat, um das Ganze anzustossen. Das Postulat verlangt, dass der Stadtrat einen Forschungsauftrag erteilt oder mit anderen Worten Gelder freimacht, obwohl man heute noch nicht weiss, wie hoch der finanzielle Aufwand wäre und wie viele aktive Ressourcen man bereitstellen müsste. Wenn überhaupt Gelder für eine solche Forschung gesprochen werden sollen, ist das eventuell eine kantonale oder eine Bundesaufgabe, aber sicher nicht eine kommunale. Selbstverständlich kann man argumentieren, dass sich damals politische und wirtschaftliche Akteure in Luzern dumm und dämlich verdient haben und es darum Aufgabe der Stadt selber ist, die Vergangenheit zu durchleuchten. In 200 Jahren wird man vielleicht auch unserer Zeit den Spiegel vor die Nase halten und ihr vorwerfen, das sei ja grausam, wie man den für die Batterien der E-Bikes nötigen Rohstoff Kobalt im Ausland unter vielfach desaströsen, menschenverachtenden Bedingungen abgebaut habe. Das ist es wirklich. Es würde aus der heutigen Zeit sicherlich noch weitere Beispiele geben, worüber man in 200 oder 300 Jahren den Kopf schüttelt und sich fragt, wie man damals nur dazu kam, so etwas zu tun. Damals, heute und in Zukunft: Es ist immer schwierig, eine andere Zeit zu beurteilen, wenn man nicht selber darin lebte oder lebt. Mit der Stellungnahme des Stadtrates ist die SVP-Fraktion einverstanden, sie ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Aufarbeitung Aufgabe der Forschungsgemeinschaft ist und nicht durch die Gemeinde finanziert werden muss. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat 37 ab.

Michael Zeier-Rast: Die beiden Postulate 36 und 37 haben etwas miteinander zu tun. Aber es zeigt sich dabei folgende Problematik: Das Postulat 37 ist ein abgeschriebenes Postulat, um es ein bisschen salopp auszudrücken, und das Postulat 36 wahrscheinlich ein selbergedachtes. Das Postulat 36 fokussiert klar auf der Stadt Luzern und ihrer Geschichte; das Postulat 37 entstand vor dem Hintergrund, dass Zürich die Aufarbeitung des Themas Sklaverei angegangen ist. Es ist zwar sinnvoll, sich von anderen Städten anregen zu lassen, vor allem wenn es Schweizer Städte sind und nicht solche, mit welchen sich Luzern kaum vergleichen lässt, wie Paris oder Wien. Aber der Stadtrat beantwortet nach Ansicht der CVP-Fraktion das Postulat 37 richtig: Diese Aufarbeitung ist nicht Aufgabe der Stadt. Selbstverständlich soll die Stadt aber einem solchen Prozess positiv beistehen. Was Christov Rolla sagte, ist alles richtig, aber es hat nach Auffassung des Sprechenden nichts mit diesem Postulat zu tun. Die Frage nach der direkten Schuld von uns, die wir heute leben, die Frage danach, wo wir selber von ungerechten Zuständen profitieren, möchte der Sprechende auch beantwortet haben. Diesbezüglich wird unsere Zeit vielleicht in 100 Jahren auch einmal richtig durchleuchtet. Wir müssen uns wirklich die Frage stellen, woher die Gelder ganz konkret kommen, auf welche sich unser Wohlstand gründet. Das hat vielleicht im weitesten Sinn etwas mit der Sklaverei zu tun, sicher hat es aber mit Umständen zu tun, die viel näherliegen. Die CVP-Fraktion folgt der Argumentation des Stadtrates und lehnt das Postulat ab. Die Überlegungen, die Christov Rolla bezüglich der Autorschaft der stadträtlichen Antwort anstellte, hat der Sprechende mit Interesse mitverfolgt. Wahrscheinlich hat Christov Rolla irgendeinen theologischen Hintergrund, mindestens väterlicherseits. Er hat ja den Text analysiert und versucht, verschiedene Quellen zu eruiieren, wo es einen Wechsel vom einen Autor, von der einen Autorin zum anderen, zur anderen gibt. Solche Forschungen spielen bei der Bibel eine wichtige Rolle, da gibt es viele Stellen, wo man merkt, dass mehrere Personen am Text gearbeitet haben, auch weil sich die Aussagen zum Teil sogar widersprechen. Die Schlussfolgerung des Stadtrates ist aber, um wieder auf das Postulat Bezug zu nehmen, nach Ansicht der CVP-Fraktion trotzdem richtig.

Silvio Bonzanigo: Der Vorstoss bezieht sich mit seiner Forderung auf ein Zürcher Modell. Heute Morgen wurde über die Motoparkierung diskutiert, die auf dem sogenannten Basler Modell basiert. Es gab in der Vergangenheit weitere Vorstösse, z. B., dass die Stadt Luzern nach einem Pariser Modell eine Spielwiese mit allem Drum und Dran einrichten soll (Postulat 45 vom 17. Dezember 2020: Pilotprojekt Open-Air-Ludothek in Luzern), oder dass sie nach Zürcher Modell Massnahmen gegen die negativen Auswirkungen von Corona ergreifen soll usw. Für den Sprechenden hat ein Vorstoss höhere Qualität, wenn er Luzern-genuin daherkommt, die anderen Vorstösse erscheinen ihm manchmal ein Stück weit als aufwandoptimierte Politik, wenn man einfach irgendetwas aus der Zeitung zusammenliest und dann verlangt, dass es in Luzern auch so gemacht werden soll. Zum Vorstoss selber ist zu bemerken, dass historische Forschung zwar interessant sein kann, aber sicher nicht Aufgabe des Staates ist. Genau das wird jedoch im Vorstoss gefordert. Es gibt z. B. das Jahrbuch der Historischen Gesellschaft Luzern, es gibt die Luzerner Historischen Veröffentlichungen, an der Universität Luzern wird historische Forschung betrieben: Das wären genau die Institutionen und Organisationen, die sich einer solchen Frage annehmen könnten. Wer Interesse hat, eine solche Schrift vorgelegt zu erhalten, soll sich doch an das Dekanat der Universität Luzern wenden und eine Dissertation in diese Richtung anregen, aber der Staat muss solche Forschungsarbeiten ganz gewiss nicht selber übernehmen, das gehört nicht zu seinen Kernaufgaben. Der Sprechende lehnt den Vorstoss ab.

Stadtpräsident Beat Züsli macht zuerst eine Vorbemerkung zum Verfasser oder zur Verfasserin der beiden Stellungnahmen. Christov Rolla hat spekuliert, es seien da Leute mit verschiedenem Hintergrund an der Arbeit gewesen. Das ist jedoch nicht so, es war die gleiche Fachperson. Das spielt aber auch gar keine Rolle, denn am Schluss ist es die Stellungnahme des Stadtrates. Da liegt vielleicht auch der Unterschied zur Bibel: Am Schluss gibt es immer einen Verfasser, nämlich den Stadtrat, der seine Haltung bekundet, ob man sie jetzt als Wahrheit betrachtet oder nicht. Die beiden Postulate 36 und 37 befassen sich mit einer ähnlichen Thematik. Der Umgang mit der eigenen, in diesem Fall mit der lokalen Geschichte ist etwas sehr Wichtiges. Unter diesem Aspekt begrüsst es der Stadtrat, dass die beiden Vorstösse diese Thematik aufnehmen. Er ist überzeugt, dass die Gestaltung der Gegenwart und der Zukunft sehr viel mit der Vergangenheit zu tun hat; es ist wichtig, die eigene Vergangenheit gut zu kennen, denn sie ist die Basis für unser Handeln. Die Geschichte kann einen direkten Einfluss und die nähere Geschichte natürlich einen sehr direkten Einfluss auf unser Handeln haben. Sich mit der eigenen Geschichte zu befassen ist nicht ein Prozess, der irgendwann abgeschlossen ist, sondern man muss sich immer wieder damit beschäftigen. In diesem Sinn ist die Diskussion der beiden Vorstösse wertvoll. Der Stadtrat hat das Postulat 36 entgegengenommen, weil es da um Geschichtsvermittlung mit einem lokalen Bezug geht. Ein lokaler Bezug ist auch beim Löwendenkmal gegeben. Im Zusammenhang mit dem 200-Jahr-Jubiläum wird die Geschichte, die dahintersteht, von ganz verschiedenen Seiten her beleuchtet und aufgearbeitet. Das ist ein Beispiel dafür, dass sich die Stadt dem Anliegen, welches sich im Postulat 36 zeigt, nicht verschliesst und entsprechende Bestrebungen unterstützt. Anders sieht es aber beim Postulat 37 aus. Die Ablehnung ist nicht inhaltlich begründet, sondern es geht um die Frage der Zuständigkeit. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, hier eine

aktive Rolle zu übernehmen. Die Forschungstätigkeit, welche das Postulat verlangt, muss auf nationaler, allenfalls kantonaler Ebene geleistet werden. Es wurden jetzt Institutionen erwähnt, die dafür infrage kämen, auf kantonaler Ebene z. B. die Universität oder auch das Historische Museum. Infolge dieser Überlegungen beantragt der Stadtrat dem Grossen Stadtrat die Ablehnung des Postulats 37.

Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 37.

**9 Interpellation 71, Gianluca Pardini und Adrian Albisser namens der SP-Fraktion vom 10. März 2021:
Geissensteinring 41: Aktuelle Pläne für die künftige Arealnutzung?**

Gianluca Pardini beantragt eine kurze Diskussion.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Diskussion zu.

Gianluca Pardini dankt für die recht ausführliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation. Die wichtigste Frage für die SP-Fraktion war der Verhandlungsstand mit der Post. Die Liegenschaft befindet sich an einer sehr zentralen Lage, im Fokusgebiet zwischen Steghof und Rösslimatt. Wie alle wissen, wird sich das Quartier in den nächsten Jahren stark entwickeln und verändern, es stehen auch grosse Bauprojekte an. Für die SP-Fraktion ist grundsätzlich wichtig, dass genau in solchen Gebieten eine gewisse Durchmischung des Quartiers beibehalten werden kann. Die Fraktion begrüsst es, dass die Post das Logistikzentrum weiterbetreibt und das Briefzentrum so belassen will. Sie hat sich aber gefragt, warum man auf eine Vertragsverlängerung von 10–15 Jahren kam. Denn vieles deutet doch darauf hin, dass in diesem Gebiet gewisse Bauprojekte früher realisiert werden. Allenfalls wird Raum für das Gewerbe, aber auch für die Kreativwirtschaft in der nahen Umgebung verloren gehen. Weshalb sieht die Stadt also einen Geschäftsmietvertrag vor, der so lange dauert, 10–15 Jahre, wo man doch weiss, dass in sechs, sieben Jahren vielleicht ein gewisser Raum für das Kleingewerbe, die Kreativwirtschaft oder die Kultur gebraucht wird, weil einige Areale umgenutzt werden? Der Sprechende wäre froh, wenn Baudirektorin Manuela Jost dazu noch etwas sagen könnte. Im Übrigen ist die SP-Fraktion mit der Antwort des Stadtrates zufrieden, welche in Bezug auf die Fragen der Interpellation Klarheit geschaffen hat.

Baudirektorin Manuela Jost: Die Post wäre an einer langfristigeren Lösung interessiert gewesen, sie hätte lieber 15 Jahre fix gehabt, aber der Stadtrat hat diese Laufzeit auf zehn Jahre verkürzt. Aufgrund der jetzigen Perspektive für die Arealentwicklung geht er davon aus, dass vor zehn Jahren dort nichts konkret gebaut wird. Zehn Jahre ist die Laufzeit, welche jetzt im Vertrag steht. Der Vertrag enthält auch die Option, dass man, je nachdem, wie alle diese Arealplanungen vorankom-

men, noch vor Ablauf des Vertrags über eine weitere Verlängerung sprechen könnte. Aber jetzt geht es vorerst einmal um zehn Jahre und nicht mehr.

Die Interpellation 71 ist somit erledigt.

Ratspräsidentin Lisa Zanolla dankt für das engagierte Mitwirken. Die nächste Sitzung des Grossen Stadtrates ist in zwei Wochen, am 24. Juni. Im Anschluss daran wird ein Sommeranlass stattfinden können; die Sprechende freut sich sehr, dass es doch noch klappt, und bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, sich rechtzeitig an- oder abzumelden. Sie wünscht einen schönen Abend und schliesst die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 16.10 Uhr

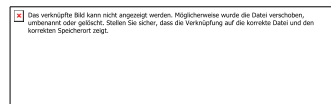
Luzern, 16. August 2021

Der Protokollführer:

F. Lienhard

Franz Lienhard

Eingesehen von:



Michèle Bucher, Stadtschreiberin